ZECK

Nr. 128 Sept / Oktober 2005

Die heilige Schrift aus der Flora

Schily greift durch:

Hassprediger aus Köln wieder abgeschoben

Vorwort

Aus Pinneberg...
...erreichte uns eine Zuschrift über vermehrte Neonazi-Aktivitäten. Jugendliche werden von den Nazis angegriffen, Plakate und Aufkleber verbreitet. Teil des Briefes war eine Liste von Strassen, in denen vermehrt Nazis beobachtet wurden, sowie eineinhalb Autokennzeichen, die den Nazis zugeordnet werden. Insgesamt fanden wir die Informationen aber recht dürftig, bzw. ungenau, so dass wir uns gegen einen Abdruck des Briefes entschieden haben.
Nichtsdestotrotz wünschen wir den Pinneberger AntifaschistInnen viel Erfolg! Ausführlichere Berichte würden wir gerne abdrucken...!

Der LeserInnenschaft...
...wünschen wir viel Vergnügen mit der vorliegenden Ausgabe. Auf das Privileg, eine Sommerpause einzulegen, haben wir verzichtet, so laufen wir mittlerweile etwas auf dem Zahnfleisch.

Nach Heiligendamm...
...gibt es jetzt die ersten Mobilisierungsüberlegungen. Wir freuen uns auf 2 spannende Jahre. Anreiseskizzen in diesem Heft.

An den Landungsbrücken...
... erbeutete eine Punker-Truppe anlässlich der Chaos-Tage, einige Kästen Bier, die für das Museumsschiff Rickmer Rickmers bestimmt waren. Remember Störtebeker!! Es gibt also doch noch Hoffnung für den Punk. Die Redaktion sagt Prost!



Beiträge zu dem falschen Vorwurf der verdeckten Ermittlerin/des verdeckten Ermittlers

Wir sind eine Gruppe, die zwei Jahre Lang eine Person falsch als verdeckte/r ErmittlerIn verdächtigt hat. Zu diesem Thema und um Perspektiven eines linken Umganges mit Repressionsstrukturen zu diskutieren, haben wir in der Roten Flora eine Informationsveranstaltung organisiert. Auf der Veranstaltung wurde von BesucherInnen angeregt, dass eine Folgeveranstaltung sinnvoll wäre, um das Thema zu vertiefen. Unser Zusammenhang fühlt sich zur Zeit nicht in der Lage, eine solche zu organisieren. Wir haben allerdings endlich unsere bereits vor langer Zeit angekündigten Texte zur Aufarbeitung unseres Verdachts fertiggestellt. Es handelt sich um zwei Texte, jeweils von unterschiedlichen Teilen des verdächtigenden Zusammenhanges geschrieben. Inhaltlich geht es einerseits um die (längst überfällige) Aufarbeitung unseres Verhaltens sowie um den Versuch einen politischen Umgang mit Verdächtigungen zu entwickeln, der aus unsern Fehlern und Erfahrungen heraus neue Vorschläge macht und auch bestimmte allgemein verbreitete Szene-Umgangsweisen mit dem Thema Repression in Frage stellt.

Die Texte liegen in Kürze in Infoläden und linken Zentren aus.

Inhalt

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-habe-name« ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (Mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!) Eigendruck im Selbstverlag



Erste Urteile im Pünktlich Prozeß

Der Hamburger-Linie gegen die Wagenszene ist auch Verkehrsrichter Lutz Nothmann aus tiefestem Herzen treu geblieben. In einem zähen Prozeß, dessen Ausgang schon von Vornherein festzementiert war, verurteilte er drei Menschen wegen Nötigung zu jeweil 50 Tagessätzen. Grund: Am 24. 4.2004 hatten sich 99 Wagen und unzählige DemonstrantInnen aus der gesamten Republik in der Hafenstrasse eingefunden um dort für die Akzeptanz dieser Wohnform und gegen die Hamburger Bauwagenpolitik zu demonstrieren. Bereits nach zwei Stunden, um 10 Uhr, wurde die Demonstration gewaltsam aufgelöst und die Fahrzeuge beim Abtransport von der Polizei aufgebrochen und demoliert. Der Vorwurf gegen 48 FahrzeughalterInnen lautet auf "Nötigung" wegen "Blockade" der Hafenstrasse und dabei entstandenem "Verkehrschaos". Im Abschlußplädoyer rückte die Staatsanwältin vom Kern der Anklage ab: Der Vorwurf der Nötigung sei wegen der Verkehrssituation nicht gerechtfertigt, und die einstige "Blockade" sei doch eine vom Grundgesetz geschützte Versammlung gewesen. Wegen der "fast verkeilten" LKW plädierte sie auf 30 Tagessätze.
Für Nothmann hingegen stand fest dass es sich hier nicht um eine Versammlung gehandelt habe und der Aufzug somit auch nicht unter das Versammlungsrecht falle. In seinem Musterprozeß toppte er schlechthin die Forderung der Staatsanwaltschaft und verdonnerte die Angeklagten zu jeweils 50 Tagessätzen wegen "gemeinschaftlicher Nötigung". Als Begründung behauptete er dreisterweise dass die Angeklagten zur Durchsetzung ihrer "Partikularinteressen" rechtswidriges Verhalten bewußt in Kauf genommen hätten. Partikulare Interessen sind jedoch nicht vom Versammlungsrecht gedeckt. Zudem wurde die harte Strafe mit "spezial- und generalpräventiven Erwägungen" begründet. Dieser Prozeß ist damit noch lange nicht zu Ende. Es geht jetzt in die zweite Runde.

Rap-Solidarität im §129a Prozess

Am 21. August wurde ein neuer Soli-Song für die beiden Magdeburger Beugehäftlinge Marco H.& Carsten S. im Internet veröffentlicht.

Knapp zwei Jahre nach der Veröffentlichung der Soli-CD "§129a" erschien auf den Internetseiten der beiden Rapper Albino und Madcap ein neuer Song mit dem Titel "Offener B(r)ief".
Dieser soll zum einen die Solidarität mit den beiden in der JVA Halle Einsitzenden demonstrieren, und zum anderen für Aufmerksamkeit um die derzeitigen Vorgänge im Revisionsverfahren gegen Daniel sorgen.
Die Veröffentlichung erfolgt somit wenige Tage vor einer Kundgebung direkt vor der JVA Halle, die am 28. August von der Magdeburger Soligruppe organisiert wurde.
Erst vor kurzem sorgte der Vorsitzende Richter Braun am 11. Prozesstag mit einem Abbruch der Verhandlung nach sage und schreibe 8 Minuten für Empörung und Unverständnis. Beobachter der Prozesses gehen von einer absichtlichen Verschleppung der Prozesses aus, die höchstwahrscheinlich die längste Beugehaft in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zur Folge haben wird.

Hamburg: Nazis im Regen

Für den 30. Juli mobilisierten Neonazis zu einem Trauermarsch nach Hamburg. Als Grund für die Trauer mußte die Bombardierung Hamburgs im zweiten Weltkrieg vor 62 Jahren herhalten. In Zahlen läßt sich der Tag wie folgt zusammenfassen: 1500 Polizisten, fast 1000 Gegendemonstranten und höchstens 150 Neonazis.
Während sich die Antifa-Kundgebung am Hauptbahnhof noch sammelte stellten sich 10 bis 15 Neonazis in einem Eingang zur S-Bahn auf. Dort warteten sie solange bis sich genug AntifaschistInnen eingefunden hatten, die ihnen körperliche Platzverweise erteilten. Nach der Auftaktkundgebung setzte sich die Antifa-Demo in Richtung Neonaziaufmarsch mit über 800 Leuten in Bewegung.
Zu diesem Zeitpunkt war am U+S-Bahnhof Wandsbeker Chaussee von den Nazis noch nicht viel zu sehen. Die Polizei hatte Stellung bezogen und Gruppen von AntifaschistInnen versuchten sich unauffällig durch die Straßen zu bewegen. Nur der NPD-Kreisverband war mit vier Personen pünktlich am Treffpunkt erschienen. Thomas Wulff kam als Versammlungsleiter 50 Minuten zu spät mit dem WV-Bulli und einigen Gehilfen vom Heisenhof bei Verden/Aller an. Dem Einsatzleiter der Polizei war die Entschuldigung von Worch (Stau auf der Autobahn) egal und er verfügte, dass die Neonazis nach nur 10 Minuten Auftaktkundgebung loszuziehen hätten. Kurz nach der Ankunft von Wulff trafen in drei größeren Gruppen die restlichen Neonazis mit der Bahn ein. Während eines heftigen Regenschauers stellten sie sich auf der Straße auf. In Zweier-Reihen marschierten sie schweigend zu klassischer Musik und vereinzelten Trommelschlägen durch die Straßen. Die Straßen vor ihnen und neben ihnen wurden von 1000 Polizisten gesichert.
Trotzdem begleiteten gleich zu Beginn bis zu 50 AntifaschistInnen den Naziaufmarsch mit Parolen und Trillerpfeifen. Nach einigen Hundert Metern drängte die Polizei sie ab. Im weiteren Verlauf des Aufmarsches konnten immer wieder AntifaschistInnen aus Seitenstraßen stören. Größere Beeinträchtigungen oder gar eine Blockade waren angesichts des polizeilichen Willens den Aufmarsch durchzusetzen nicht denkbar. Die Proteste wurden auch von den Nazis bemerkt. In einem Bericht des Aktionsbüros Norddeutschlands zum Tag heißt es: "Dümmliches Krakeele von den Straßenrändern ließ uns wissen, dass es sie noch gibt: Die hilflosen und politisch abgewrackten Handlanger des etablierten Systems, die sich selbst zynisch Antifaschisten nennen. Ein armseliger Haufen, dessen hysterisches Geschrei von den Marschierenden mit eisigem Schweigen beantwortet wurde."
Auf der Abschlußkundgebung am U-Bahnhof redeten neben Thomas Wulff noch Dieter Riefling und ein "Zeitzeuge". Aber auch hier waren AntifaschistInnen in direkter Nähe mit Trillerpfeifen und Parolen präsent. Geschlossen (bis auf den Lautsprecherwagen) stiegen die Nazis in die U-Bahn. Am Hauptbahnhof (Hbf) wollten sie Umsteigen. Eine Gruppe mit der U-Bahn zur Horner Rennbahn, eine andere nach Veddel. Auch im Hbf kam es zu Protesten von AntifaschistInnen. Während der Ausandersetzungen wurden mehrere Personen fest oder in Gewahrsam genommen. Darunter mindestens ein Neonazi.
Drei Neonazis wollten noch in Ruhe ein

Bier am Bahnhof trinken. Nachdem sie aber von AntifaschistInnen identifiziert worden waren war es mit ihrer Ruhe zu Ende. Sie wurden über den Bahnhofsvorplatz gejagt und fanden sich schnell in der Obhut von Sicherheitskräften wieder. Diese agierten konfus und es kam immer wieder zu direkten Angriffen auf die drei Nazis. Bis zu 50 Protestierende fanden sich bei dieser Szene ein, bis es der Polizei gelang die Nazis in eine S-Bahn zu schleusen.

Einen Tag später fanden sich nach eigenen Angaben 60 bis 70 Nazis ("Männer und Frauen von jung bis alt") auf dem Ohlsdorfer Friedhof ein. Sie legten Kränze nieder, hielten eine Schweigeminute ab, hörten sich Reden an und sangen "zum Abschluß gemeinsam das Lied 'Ich hatt' einen Kameraden'"

Wunsiedel Nazifrei

Nachdem das Bundesverwaltungsgericht den alljährlichen Naziaufmarsch am 20. August in Wunsiedel anlässlich des Todestags von Hess dieses Jahr verboten hatte, blieb zumindest Wunsiedel dieses Jahr nahezu Nazifrei. Den ca. 2000 AntifaschistInnen wurde die Einreise in die Kleinstadt durch umfangreiche Vorkontrollen erschwert.Während sich auf der "Meile der Demokratie" ein Konglomerat bibeltreuer Christen und Parteien untereinander im strömenden Regen gegenseitig den pseudoantifaschistischen Bauch pinselten, fand um ca. 12 Uhr als eigener Ausdruck eine linksradikale Demonstration statt. Das sich dort auch wieder die obligatorischen IsraelfahnenschwenkerInnen einfanden obwohl darum gebeten wurde keine Nationalfahnen in der Demo mitzuführen braucht mensch kaum noch erwähnen. Dass diese Fraktion mittlerweile jedoch: "Israel, USA, autonome Antifa" skandiert, läßt zumindest bei mir doch ein gewisses Maß an Würgereflexen entstehen. Nach Beendigung der Demo machte sich ein Teil der Anwesenden vor Ort auf den Weg nach Nürnberg um der faschistischen Kundgebung dort entgegenzutreten. Andere mussten warten bis die Busse wieder einsatzbereit waren.Ob es sinnvoller war an dem Konzept nach Wunsiedel zu fahren festzuhalten oder aber in einen der Ausweichorte der Nazis zu fahren (Nürnberg, Berlin, Peine....) mag jedeR für sich selbst entscheiden. Wichtig ist : Die Entscheidung des BVG ist kein Grund die Hände in den Schoß zu legen. Schließlich galt der Beschluss vorläufig nur für dieses Jahr und wird nach Angaben des Gerichts noch überprüft. Das heißt, dass eine mögliche Entscheidung im kommenden Jahr gänzlich anders ausfallen kann. Und dann sehen wir uns hoffentlich wieder in Wunsiedel!

Nazis in Peine

Offensichtlich als Reaktion auf das Verbot der Nazi-Demonstration in Magdeburg, die von der Polizei als Ersatzveranstaltung des ursprünglich in Wunsiedel geplanten Rudolf-Hess-Marsches, klassifiziert wurde, sind am 20.8. bis zu 600 Neonazis durch Peine marschiert.
Peine liegt unmittelbar an der A2, zwischen Hannover und Braunschweig. Es wäre genau die Autobahn gewesen, die die Nazis aus dem Westen Richtung Magdeburg hätten fahren müssen. Als Reaktion auf das Verbot der Demo sind etwa 600 Neonazis gröhlend durch Peine gezogen und haben dem 50.000 Einwohner Städtchen damit den größten Nazi-Aufmarsch in der Geschichte beschert. Das ist nicht zuletzt auf das kooperative Verhalten der Polizei zurückzuführen, die weder bei der An- noch bei der Abreise und erst recht nicht während der Demo irgendwas unternahm, um die Nazis aufzuhalten. Möglichkeiten den Nazi-Aufmarsch irgendwie zu stören, gab es kaum, weil die Polizei kaum Präsenz zeigte und es entsprechend gefährlich gewesen wäre, nahe an die Nazis heranzugehen. Die Nazi-Veranstaltung führte direkt durch die Innenstadt. Es gab eine Zwischenkundgebung an der Kirche und die Endkundgebung am zentralen Marktplatz.

Unangemeldete Demo

"Am 8.10.05 ab U-Bahnhof Feldstrasse. Um 14 Uhr (soll) eine nicht angemeldete Demonstration losgehen. Wir werden die Demo nicht anmelden weil uns jedes mal durch immer bescheuerte Regeln langsam das Recht zu demonstrieren entzogen und genommen wird. So wird auf die Größe von Transpis und Tragweise Einfluss genommen. Bauwagenbewohnern wird es verboten, mit ihren Wägen zur Demo zu kommen und Hüpfen wird von den Bullen mit Schlagstock, Wasserwerfern und bald auch sicher mit dem Taser unterbunden! Dagegen wehren wir uns!!!
Bauwagenbewohner brauchen einen, zwei, drei, viele sichere Plätze!
Hotel im Schanzenpark ist noch zu verhindern!
Verwertungslogik stoppen, Kapitalismus bekämpfen!
Rassismus stoppen! Refugees welcom!
Beteiligt euch zahlreich, verbreitet den Demoaufruf im Internet, bei Freunden, Nachbarn! Vervielfältigt den Flugi und macht Plakate! Kommt zahlreich, macht Aktionen!!! Reclaim the streets, betreibt Streetwalking! Reclaim the Citti!"

Flugblatt aus der Post

Summercamp of resistance von Polizei gestürmt

Am Morgen des 26. August umstellte und durchsuchte eine Hundertschaft der Berliner Polizei das summercamp of resistance in Berlin. Anlass war laut Durchsuchungsbefehl der vorgebliche Verdacht auf gefährliche Körperverletzung einer unbekannten Person.

Um 8.30 Uhr stürmten bewaffnete Einsatzkräfte mit Polizeihunden auf das Gelände und umstellten die Zelte der noch schlafenden CampteilnehmerInnen. Unsanft geweckt durch das Trampeln dutzender Kampfstiefel und das Gebell der Polizeihunde wurden alle Zelte aufgerissen, durchsucht und abgefilmt, sowie alle CamperInnen einer Personalienkontrolle unterzogen. Das gesamte Gelände mit allen darauf befindlichen Gebäuden sowie Gemeinschaftszelte, Privatzelte und Personen wurden durchsucht.

Über drei Stunden durften die CamperInnen, unter denen sich auch Kleinkinder befanden, sich nicht von ihren Zelten entfernen oder an ihre Privatsachen gehen. Die Toilette durfte nur unter Aufsicht benutzt werden, während einige Beamte dazu geschmacklose Kommentare von sich gaben.
Erst auf das hartnäckige Fragen einiger empörter Camp-TeilnehmerInnen hin wurde einzelnen schließlich ein Durchsuchungsbefehl gezeigt.
Die Polizei indes wertet in ihrem Protokoll die Aktion als vollen Erfolg. Sichergestellt wurden dabei ein BVG-kritisches Plakat und einige zur "Vermummung" umfunktionierbare Kleidungsstücke.

Im Camp tauschten die beteiligten Menschen eine Woche lang Erfahrungen über die gelaufenen Proteste für freie Bildung und gegen die Kürzungen im Sozial- und Bildungswesen in den verschiedenen Städten aus. Die Möglichkeit einer freien Bildung wurde mit unabhängigen Seminaren und Workshops vorgelebt. Gleichzeitig wurde der Versuch unternommen, einen selbstverwalteten Freiraum für die Verwirklichung eigener Ideen zu schaffen.

Hausdurchsuchung bei "Anti Atom Aktuell" wegen Prekär Camp-Website

Am 'Donnerstag (11.8) fand in den Redaktionsräumen der Zeitschrift "anti atom aktuell" in Tollendorf/Wendland eine Hausdurchsuchung wegen angeblichem Aufruf zu Straftaten statt; im Durchsuchungsbeschluß wird ein Zusammenhang mit der Internetseite www.prekaer-camp.org hergestellt, die für das Prekär Camp wirbt. Seit dem letzten Wochenende campen etwa 100 AktivistInnen prekär in Reddebeitz bei Lüchow.

Die Polizei erschien morgens gegen 8 Uhr auf dem Prekär Camp und teilte zwei AktivistInnen mit, dass in ihrem Haus gerade eine Hausdurchsuchung stattfinde.

Der Vorwurf richtet sich gegen den Anmelder des Domainnamen der Website, dem die Staatsanwaltschaft vorwirft, auf der Webseite unter Verwendung des Begriffs "Yomango" (ein spanischer umgangssprachlicher Ausdruck für "Ich klaue") zu Straftaten aufgerufen zu haben. Sie bezieht sich dabei auf Veranstaltungen auf dem Prekär Camp, auf denen über die Realität eines Lebens in Armut diskutiert wurde.

Wörtlich heisst es in dem Durchsuchungsbefehl:

"Die Beschuldigte steht im Verdacht, öffentlich und durch Verbreiten von Schriften (11 Abs.3) zu einer rechtswidrigen Tat aufgefordert zu haben, indem sie auf der Internetseite zum Prekär Camp eine 'Yomango-Aktion' am 10. August 2005 angekündigte. 'Yomango' steht in der spanischen Umgangssprache für: 'Ich stehle'. Unter der Kategorie 'Plakat und Aufruf' wird für die Teilnahme am Prekär Camp vom 5.-15. August geworben. Unter der Überschrift 'Es gibt was zu tun' wird das vorläufige Veranstaltungsprogramm mitgeteilt, in dem für den 10.August 2005 eine 'Yomango-Aktion' angekündigt wird. Domain-Inhaber der Webseite ist der Beschuldigte. Insoweit besteht der Tatverdacht, dass dieser die Aufforderung auf der Hompage öffentlich verbreitet."

Die Polizei erschien mit etwa 40 BeamtInnen vor Ort und beschlagnahmte alle Computer und mehrere Kisten mit Materialien. Durch die Beschlagnahme der Computer und weiteren Materials ist der weiteren Redaktionsarbeit der Zeitschrift "anti atom aktuell" zunächst die Arbeitsgrundlage entzogen worden.

Die Redaktion sagt dazu: "Auch wenn der Staatsschutz hier erneut den offensichtlichen Versuch unternimmt, eines unserer Medien kaputt zu machen, wollen wir mit der nächsten Ausabe den Beweis antreten, daß sich soziale Bewegung nicht diktieren läßt, wann und worüber sie die Debatte führen will."



REVOLTE SPRINGEN präsentiert "FREIHEIT SATT"

Am Mittwoch, den 12.10.2005 in der Roten Flora

Selbstdarstellung 2005

Wir machen Theater und Musik, Texte und Choreographien, wir rocken die Straße, die Bühne, den Park und das besetzte Haus. Wenn wir mit unserem KLEINKUNSTPUNK in die Fußgängerzone gehen, staunen wir manchmal über Reaktionen von sogenannten normalen Leuten, die ganz offensichtlich den Irokesenschnitt im Hirn und im Bauch tragen und nicht auf dem Kopf. Das sind wenige, aber es tut uns gut. Wenn du uns bei einem Auftritt zusiehst, wirst du in der Regel von ziemlich viel paua, Energie und Spielfreude angeballert. Ausnahmen bestätigen wie immer auch diese Regel. Zum Teil machen wir so Zeug schon seit über 20 Jahren, zum Teil erst seit Sommer 2004. Unsere Alterspanne ist ähnlich groß. Wir sind sowas wie ein Kollektiv. Wir besprechen möglichst immer alles zusammen und suchen nach Wegen, die alle mitgehen können. Wir sind zur Zeit um die 15 Leute verteilt über 6 Städte. Alle kommen aus unterschiedlichen Ecken der außerparlamentarischen Linken. Wie es weitergeht, hängt maßgeblich davon ab, wieviel Zeit und Kraft die einzelnen Revolties weiterhin in das Projekt stecken können und wollen. Unser letztes Treffen im März 2005 hat uns hinsichtlich unseres neuen "Dorfmusicals" einige Schritte weitergebracht. Irgendwann 2006 wollen wir damit auf Tour gehen. Daß unser Stück "FREIHEIT SATT", welches wir 2003 über 20x spielten, so gut ankam, hat viel dazu beigetragen, daß wir mit gestärktem Selbstbewußtsein weiter proben, auftreten, improvisieren und musizieren: unkommerziell, mit Träumen und Ansprüchen beladen, aber auch mit Spaß und Subversivität im Gepäck...und dem Wunsch, daß es immer besser wird!

"FREIHEIT SATT"

Für den biederen Angestellten Weber bricht die wohlgeordnete Welt zusammen, als aus heiterem Himmel sein Identitäts-Chip nicht mehr funktioniert. In Mega City im Jahr 2222 ist er damit illegal und hochgefährdet. Die naive Joy hält es währenddessen im friedvollen Autarkia nicht mehr aus und durchstreift die Sektoren des Stadtstaates auf der Suche nach Punk und Abenteuer. Der geheimnisvolle Rohstoff, den sie als Tauschmittel dabei hat, sorgt sowohl in der Unterwelt als auch im Zentrum der Macht für Aufsehen. Schließlich entwirft der machtgierige Herrscher Destroy Roy einen Plan zur Ausbeutung und Zerstörung Autarkias. Joy versucht den teuflischen Plan zu verhindern. Sie findet in der Untergrund-Queen Dizzy eine Komplizin. Doch Weber, der sich notgedrungen beiden angeschlossen hat, lockt die Prämie für Destroy Roys geraubtes Ballettkleid. Verrat, Gehirnwäsche, sinnlose Brutalität und ein enthemmter Herrscher, der den Kriegszustand ausruft verheißen kein gutes Ende. Zum ersten mal im Leben hat Weber die Freiheit, nach seinem Gewissen zu entscheiden. Mit Comic- und ScienceFiction-Elementen, Witz, Tempo, Trash und Spielfreude haben "Revolte Springen" ein "fröhliches Kleinkunstpunk-Musiktheater-Suspekakel" entwickelt, dass mit deutlichen Anspielungen auf derzeitige Machtstrukturen nicht spart.

Hand in Hand: Nazis und Justiz als Anti-Antifa

Untersuchungshaft wegen angeblichen Mordversuch



Seit ca. 2 Monaten sitzt die Antifaschistin Julia in Untersuchungshaft. Eine militante Auseinandersetzung mit einem organisierten Nazi wurde zu einem Mordversuch konstruiert, um die Potsdamer linke Szene zu kriminalisieren.

Insgesamt 5 Leute wurden im Rahmen dieser Ermittlungen verhaftet. Vier Personen wurden inzwischen vorläufig wieder entlassen. Julia verweigert konsequent die Aussage und wird nach wie vor mit dem Vorwurf des versuchten Mordes in Untersuchungshaft gehalten.
Seit die Aufhebung der U-Haft bei einem Haftprüfungstermin abgelehnt wurde droht für sie ein langer Aufenthalt im Knast bis zum Prozessbeginn. Antifaschistische Gegenwehr ist eine notwendige Konsequenz gegen organisierte und gewalttätige Nazis. Die Kriminalisierung von handgreiflichen Auseinandersetzungen durch aufgebauschte Kostrukte wie versuchter Mord sind ein Angriff auf alle, die den Faschisten die Straße nicht kampflos überlassen wollen. **Alle sind aufgefordert zur Solidarität, damit Julia baldmöglichst wieder draußen ist. Organisiert die antifaschistische Gegenwehr!**

Naziterror und Repression gegen Antifas in Potsdam

Versuch einer zusammenfassenden Darstellung von der Roten Hilfe Potsdam

In der Nacht vom 18. zum 19. Juni kam es in der noch recht belebten Innenstadt Potsdams zu einem Vorfall, in dessen Folge ein stadtbekannter, junger Nazischläger stürzte und sich auch mehrere Schürfungen und Prellungen zuzog. Das Konstrukt der Staatsanwaltschaft, vertreten durch den einschlägig bekannten Hardliner Petersen, lautet "versuchter Mord". Eine weitere Folge daraus sind fünf Haftbefehle gegen ebenfalls junge Menschen, die der linken Szene zuzuordnen wären. Die Betroffenen gehen damit unterschiedlich um, was zumindest teilweise in der Außervollzugsetzung von vier Haftbefehlen gegen Auflagen seine Ursächlichkeit oder auch sein Resultat hat.

Der junge Nazischläger wurde bereits am 20. Juni wieder tätlich gegen Andersdenkende.

Die bürgerliche Presse, allen voran die Märkische Allgemeine Zeitung (ein Ableger der erzkonservativen FAZ), stilisiert in der Öffentlichkeit einen zugespitzten Rechts-Links-Konflikt, bei dem vor allem die Gleichstellung von rechter Gewalt und linken Aktivitäten vordergründig ist. Diesen Tenor mitbestimmend, tut sich wieder mal der Brandenburger CDU-Generalsekretär Sven Petke hervor. Diese böswillige Vorverurteilung und Scharfmache, gerade in Zeiten des Wahlkampfes, und trotz zweier gegen ihn bereits anhänglicher Strafverfahren wegen Beleidigung eines Richters oder übler Nachrede gegen einen Potsdamer Imam, ist nahezu wortgleich mit Äußerungen von Neonazis.

Die Wahrheit über diesen Rechts-Links-Konflikt sieht nach nüchterner Analyse ganz anders aus. Die Potsdamer Anti-Antifa zuzüglich versprengter Reste der jüngst in Berlin verbotenen "freien Kameradschaft Tor" haben die Potsdamer Innenstadt als Kampfeld entdeckt. Teils schwere Übergriffe gehen auf das Konto dieses Personenkreises. Obwohl die meisten dieser Attacken Polizei-, teils sogar Gerichtsnachspiele hatten, gibt es kaum eine Öffentlichkeit dazu. Als ein alternativ bewohntes Haus mit einem Brandsatz angegriffen wurde, ein Opfer zusammengeschlagen ins Gleisbett gelegt wurde, zwei Personen von einer ca. 7m hohen Ebene geworfen werden sollten oder erst in der letzten Woche jemandem das Gesicht mit einer Falsche zerschnitten wurde, die vormals einer anderen Person auf dem Kopf zerschlagen worden war, ist seitens der Staatsgewalt kaum von versuchtem Mord die Rede gewesen. Entsprechend gering waren und sind bisher auch die Konsequenzen für die Nazitäter. Dieser, hier nur auszugsweise darstellbare Ereigniskette, steht obiger Vorfall vom 18./19. Juni gegenüber.

Sowohl der zuletzt genannte Überfall, der für die beiden Opfer einen stationären Krankenhausaufenthalt nach sich zog, als auch der Vorfall vom 18./19. Juni wurde von Richterin Schilling bearbeitet. Mindestens sie hat offensichtlich ein klares Bild davon, was "versuchter Mord" ist. Erst unter dem Druck der Öffentlichkeit ergingen Haftbefehle, die aber sofort mindestens teilweise außer Vollzug gesetzt wurden.

Angesichts dieses überdeutlichen Beurteilungsungleichgewichts und des quantitativen Unverhältnisses zwischen rechter Gewalt und linker Selbstverteidigung kann sich keine Gewaltenfrage stellen. Diejenigen wenigen Opportunisten, die in der jetzigen Situation die Gewaltfrage in die Diskussion heben, arbeiten auf unsolidarische Weise der Reaktion zu – mehr nicht! Wir wissen, dass

das überdeutliche Zweierleimaßnehmen des Staates in der Infragestellung der kapitalistischen Herrschaft durch Links begründet ist. Akzeptieren können wird es deshalb noch lange nicht. Die Repression zeigt deutlich, dass es nicht um diese eine Tat als solche geht, sondern vielmehr ein Anlass gesucht und gefunden wurde, gegen linke Zusammenhänge und Strukturen vorzugehen. Die Angeklagten, auch wenn Sie nicht als homogene Gruppe auftreten, verdienen und bedürfen unserer ganzen Solidarität.

Gute Anwälte, Knastbetreuung, Prozessbegleitung und Soliarbeit kosten Geld. Zeigen wir es dem Schweine-System! Wir sind noch da! Die Diskreditierungen werden ins Leere laufen. Zeigen wir den Angeklagten, sie sind nicht allein!

Solidarität hilft siegen.

Soliaktion für Julia

Am frühen Abend des 20.08., dem Tag des Wunsiedel-Ersatzmarsches der Nazis in Berlin besuchten etwa 60 Antifas die JVA Duben-Luckau in dem kleinen Ort Duben im südlichen Brandenburg um dort ihre Solidarität mit einer Gefangenen zum Ausdruck zu bringen.

Die Antifaschstin Julia sitzt mittlerweile seit über 2 Monaten in der JVA Duben in Untersuchungshaft. Ihr wird ein versuchter Mord an einem Potsdamer Rechtsextremisten vorgeworfen. Mindestens 4 weitere Menschen sind dafür auch noch angeklagt. Eine Haftbeschwerde wurde inzwischen abgelehnt. Damit ist vorerst die Hoffnung geschwunden, sie schnell wieder zu sehen. Der staatsanwaltlich herbeiphantasierte Mordversuch und die U-Haft stellen einen Exzess staatlicher Repression gegen AntifaschistInnen dar.

An den hohen Gefängnissmauern angekommen, riefen die DemonstrantInnen Parolen hinüber und verlasen mehrfach einen Redebeitrag. Jubelschreie aus dem inneren des Knasts lassen darauf schliessen, dass sie von den Gefangenen nicht unbemerkt blieben. Bereits eine Woche vorher gab es eine Kundgebung an der JVA für die sofortige Freilassung Julias.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

NAZILADEN TALSTRASSE DICHTMACHEN!

Antifa-Demo am 10.9.2005 nach dem St. Pauli Heimspiel

Anfang Mai 2005 eröffnete in der Talstraße 17, direkt neben der Heilsarmee, der Klamottenladen "elite-style". Inhaber sind laut einem Aushang in der Ladentür Björn Westphal und Volker Fuchs. Hier werden neben Produkten rund um die nordische Mythologie die Marken "Thor Steinar", "Walhall", "Pro Violence" und "Sportfrei" verkauft. Alle vier Marken werden von Neonazis für Neonazis produziert. Das bedeutet, jede/r, der/die solche Klamotten kauft und anzieht, unterstützt damit direkt Neonazis in ihrem Bestreben, ihre Inhalte und Symbole in die Gesellschaft zu tragen und ihr menschenverachtendes Denken zu verbreiten. Der Anmelder der Marke "Walhall", Ingo Grönwald aus Weimar, ist seit Jahren in die thüringische und bundesweite rechtsradikale Szene verwikkelt. Er betreibt in Thüringen 3 Naziläden und einen rechten Versand. Er wurde u.a. 2000 nach einer Razzia wegen Volksverhetzung angeklagt, weil er mehrere indizierte Alben der Nazi-Band "Landser" unterstützt hatte.

Die Band selbst wurde im Dezember 2003 wegen Bildung einer kriminellen Vereinung verurteilt. Die Marke "Sport Frei" ist auf den Bremer Hooligan-Anführer und Nazikader Henrik Ostendorf angemeldet. Ostendorf ist für die NPD im "NPD Bundesordnerdienst" auf Demos aktiv und schreibt für deren Parteizeitung "Deutsche Stimme". Das Label "Pro Violence" wollte sich der aus Magdeburg stammende Hooligan Christoph Herpich sichern, was ihm jedoch das Deutsche Patentamt wegen des "gewaltverherrlichenden Slogans" untersagte. Verkauft wird sie jedoch trotzdem. Hersteller und Vertreiber der Marke "Thor Steinar" ist die Firma "Mediatex" aus Brandenburg. Geschäftsführer sind Uwe Meusel und Axel Kopelke, wobei zumindest Letzterem Verstrickungen in die regionale Neonaziszene nachgewiesen wurden. Im November 2004 erklärte das Landgericht Neuruppin das Tragen des Logos von TS zu einem Straftatbestand, weil es in der Kombination zweier Runen dem von der Führungsakademie der Hitlerjugend im Nationalsozialismus getragenen Symbol zum Verwechseln ähnlich sieht. Daraus resultierte die bundesweite Beschlagnahmung des Waren-bestandes von "Thor Steinar" und ein neues Runenlogo wurde erdacht, welches laut Verfassungsschutz als unbedenklich eingestuft wird.

Kein Naziladen in der Talstraße und auch nicht anderswo! Diese Umstrukturierung soll der Grund dafür gewesen sein, dass "elite-style" erst im Mai diesen Jahres eröffnete. Die Frage, ob den Inhabern von "elite-style" diese Fakten bewusst sind, stellt sich nicht mehr. In mehreren Gesprächen stellten sie offen und freimütig ihre rassistischen Denkweisen zur Schau. Auch ihr Verhalten PassantInnen gegenüber spricht deutliche Worte. Seit der Eröffnung kam es wiederholt zu Übergriffen und Androhung von Gewalt gegenüber Menschen, die nach Meinung von Björn

Westphal und Volker Fuchs dem linken Spektrum zuzuordnen seien. Dieses menschenverachtende Auftreten und das Zurschaustellen rassistischer und faschistischer Ideologien dulden wir nicht - weder auf Sankt Pauli noch an anderen Orten. Wir fordern hiermit alle AnwohnerInnen und PassantInnen auf; macht euren Unmut deutlich und zeigt, dass Nazis, weder alte noch junge, keinen Platz in unserer Gesellschaft haben.

Antifaschistische Gruppen Hamburg
Kontakt: talstr-dichtmachen@gmx.net

Gegen diesen Laden muß vorgegangen werden, zunächst in Form einer Demonstration des "Bündnis gegen Naziläden".
Diese findet am 10.9. nach dem Paulispiel statt!!!
Start: Budapester Str.!!! Alle hin da!!!

ein bescheidener beitrag zur überwindung lähmender tristesse:
einige aspekte zur unerfreulichkeit gegenwärtiger demonstrationskultur



Betrachtet mensch die Demonstrationen im Hamburg der vergangenen Monate, ist eine gewisse Tristesse nicht zu leugnen. Die großen Polizeiaufgebote, nervige Auflagen, die Bewegung im Wanderkessel, all das, was seit den Protesten rund um die Bambule ein unschönes Comeback feiert, macht die Teilnahme an Demonstrationen zu einem eher unangenehmen Zeitvertreib.
Im Folgenden möchten wir einige der "externen", aber auch "interne" Faktoren dieser Entwicklung aufzeigen und anschließend darüber nachdenken, was Demos sein sollten und könnten und welche theoretischen und praktischen Perspektivenwechsel sich dazu anbieten.

brd, bullenstaat: bonjour tristesse

Augenscheinlich ist das aktuelle Szenario der Demonstrationen in Hamburg zunächst einmal durch eine starke Bullenpräsenz geprägt. Diese steht – zumindest nach unserer Einschätzung – außerhalb jedes Verhältnisses zu Zahl und Intentionen der Teilnehmer_Innen der meisten Veranstaltungen. Das überdimensionierte Aufgebot macht sich unter anderem visuell bemerkbar und körperlich spürbar in Form von Spalieren bzw. einer fast kompletten, mitunter handgreiflichen Umzingelung der Demonstrant_Innen durch Wanderkessel. Auch die seitens der Polizei aufgefahrenen Gerätschaften wie z. B. Wasserwerfer tragen zur Entfaltung dieses Szenarios bei. Einher mit der massiven Präsenz der Polizei geht, dass schon die Anmeldung einer Demonstration mit endlosen Verhandlungen über Route, Auflagen und so weiter verbunden ist. Diese Auflagen werden auf Demos wiederum konsequent durch die anwesenden Bullen durchgesetzt. Absurde Maßregelungen, wie das Verbot des Laufens und Hüpfens oder die Beschränkung der Transparentlänge müssen hingenommen werden und/oder führen oft zu einem schleppenden Ablauf. Da wird an einer Stelle angehalten wegen zu schnellen Laufens und dann kann es auch gerne eine Weile dauern, bis die Bullensperre aufgehoben wird und an das Weitergehen zu denken ist.
Insgesamt kann die massive Bullenpräsenz und die verstärkte Repression als Präsentation und Legitimation von Macht verstanden werden. Die Präsentation und (Re-)Produktion von Macht arbeitet mit der Hervorbringung und Inszenierung von Bedrohungen/Feindbildern, ungeachtet ob und in welchem Maße eine "reale Bedrohung" für die "öffentliche Sicherheit und Ordnung" existiert. Die so konstruierten Bedrohungsszenarien tragen zur Legitimation von Herrschaft und zur (Selbst-)Bestätigung des Polizeiapparates bei. Dies ist unabhängig davon, ob es sich dabei um eine bewusste Strategie oder um eine sich verselbständigende Eigenlogik polizeilichen Handelns handelt. Das qualitativ Neue an dieser Situation ist allerdings nicht die beschriebene Legitimationslogik, sondern dass ihr angesichts der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse kaum etwas entgegenzusetzen ist.

internal affairs

Als ob diese äußeren Widrigkeiten nicht schon genug wären, lohnt sich doch auch ein Blick nach "innen", also auf "szenein-

terne" Reflexe. Denn auch zu unserer Demonstrationskultur lassen sich einige Anmerkungen machen; für schlechte Stimmung bei Demos sorgen nicht zuletzt von uns selbst verantwortete Faktoren.

... und ihr demonstriert verbrüderung
In vielen der in der letzten Zeit verfassten Aufrufe wurde durch Aufzählung der verschiedenen schlimmen Dinge, die in dieser Stadt passieren, die Unsäglichkeit der Senatspolitik nachzuweisen versucht. Obwohl wir es grundsätzlich für richtig und wichtig halten, verschiedene Kämpfe politisch auf einander zu beziehen, gelang gerade dies in vielen Fällen nur sehr bedingt. Eine bloße Aneinanderreihung von Kürzungen im Bildungsbereich, der Räumung von Bauwagenplätzen, des geplanten Hotelbaus im Wasserturm/Schanzenpark, der Kita-Problematik und dem neuen Polizeigesetz macht nicht automatisch deutlich, was das alles miteinander zu tun hat. Zudem lässt die rhetorische Überbetonung der Gemeinsamkeiten dieser Phänomene häufig eine gewisse Sensibilität für deren Differenzen sowie deren Ansiedlung auf unterschiedlichen politischen Ebenen vermissen. Falls mensch sich durch die diskursive Addition eine Mobilisierung der Massen erhofft, so ist dies zumindest bisher nur sehr partiell gelungen und erscheint in dieser Form auch nicht unbedingt erstrebenswert. Eine Verknüpfungsarbeit der verschiedenen Entwicklungen erscheint uns diffiziler als in den bisher vorliegenden Verlautbarungen, ist aber in einem Aufrufflugblatt, das sich ja erfahrungsgemäß eher durch mobilisierende Slogans als durch fundierte politische Analysen auszeichnet, vielleicht auch gar nicht leistbar. Eine reine Aneinanderreihung ist jedenfalls wenig hilfreich, denn dabei kommt höchstens heraus, dass in Hamburg und überall ganz schön viel Scheiße passiert, nicht aber unbedingt eine Perspektive für linksradikale Intervention.

terminprobleme?

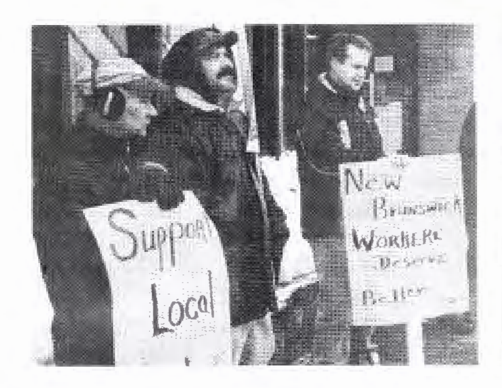
Was auch passiert – erstmal ne Demo machen, gern auch ein paar mehr. Dieser Automatismus zeugt nicht nur von einer gewissen Ideenlosigkeit, sondern ist auch den einzelnen Mobilisierungen nicht eben zuträglich. Die schlechte Dosierung demonstrativer Events, wie z. B. der Wasserturm-Overkill, tut manchmal sein übriges zur nicht gerade Energie geladenen Stimmung oder auch zu schwindenden Teilnehmer_Innenzahlen. Denn wer_welche will schon jedes Wochenende demonstrieren gehen, wenn es sich dabei immer um die gleiche langweilige Veranstaltung handelt? Das viel beklagte und faktische Problem der geringen Anzahl der Partizipierenden wird sich kaum durch ein Überangebot an Demoterminen beheben lassen. Der Demomarathon verheizt Kräfte und macht unserer Schwäche umso sichtbarer. In ihm wird zuweilen Bewegung eher vorgetäuscht, anstatt zu dieser beizutragen. Ohnehin schon schwache Strukturen, seien sie kaum vorhanden oder nur beschränkt handlungsfähig oder -willig, sind manchmal auch einfach nicht in der Lage von Demo(vorbereitung) zu Demo(vorbereitung) zu hüpfen. Daher wäre es wohl angebracht, die Frage der Dosierung in die Planung mit einzubeziehen und die einzelnen Demos strategisch besser zu bestimmen (sofern dies sinnvoll erscheint und es sich nicht um brandaktuelle und -heisse Themen handelt, die sofort auf der Straße Beachtung finden müssen). Eine Konzentration auf weniger Termine, die dafür aber mit mehr Elan angegangen würden, könnte auch dazu führen, dass wir das, was wir wollen, erstens besser klar kriegen und zweitens dann auch kraftvoller auf der Straße artikulieren können.

they do it again

Der Blick auf unsere Demos vermittelt häufig den Eindruck einer rituellen Veranstaltung, vielleicht könnte mensch auch von einer Zeitschleife sprechen: Die Verhältnisse verändern sich aber wir gebärden uns immer noch wie in den Achtzigern (oder tun so infolge der späten Geburt). Dies ist nicht nur eine Frage der obligatorischen schwarzen Klamotten als modische Dauerbrenner und Reminiszenzen an einen autonomen Lifestyle.
Nicht nur der staatliche Umgang mit Demonstrationen hat sich gewandelt, sondern auch die verzwickten Verhältnisse, in denen wir uns bewegen: Eine gewisse Marginalität ist der radikalen Linken heutzutage nicht abzusprechen, es gibt bei vielen Themenfeldern kaum noch einen kritischen öffentlichen Diskurs und unsere persönliche Lebenssituation ist häufig geprägt durch die Anforderung, vielfältige Dinge wie Arbeit, Uni, Schule, Politik und andere Hobbies eigenverantwortlich zu bewältigen, so dass politisches Engagement zunehmend zum Luxus wird. Im Kontext der historischen Veränderungen stellt sich also vielleicht nicht nur die Frage nach einem Umgang mit den äußeren Widrigkeiten, der darauf zielt die alten Kräfteverhältnisse zu restaurieren. Die Demokultur, wie wir sie heute kennen und praktizieren, hat sich unter historischen Bedingungen entwickelt, unter denen viele der Essentials (z.B. der Einheitslook und das zur Schau stellen einer gewissen Militanz), die heute überhaupt nicht mehr hinterfragt werden, auch tatsächlich und praktisch ihren Sinn machten. Das tun sie in vielen Fällen auch heute noch. An einigen Punkten wäre dagegen unserer Meinung nach ein Ausbruch aus den gewohnten Rastern einen Versuch wert. Dafür scheint es zunächst einmal lohnend, unsere Demonstrationskultur und das implizit darin eingeschriebene Selbstverständnis kritisch zu beleuchten.
Unsere Demokultur zeichnet sich durch eine einigermaßen ritualisierte Choreographie aus: Gehen in einem Block, mit Vorliebe durch die üblichen Viertel, möglichst in Ketten, umhüllt von Transparenten (sofern dieses nicht durch Auflagen beschränkt ist) und zwischendurch ein paar billigend in Kauf genommene Redebeiträge. Es ist klar, dass diese Form der Abschließung nach Außen (z.B. Kettenbildung und Kleiderordnung) in einigen Situationen ein notwendiger Selbstschutz und/oder politischer Ausdruck ist. Zu prüfen wäre allerdings, inwieweit die beliebte Schildkrötenformation teilweise eher ein Relikt und eine Form der Selbstvergewisserung darstellt (schließlich sehen Demos ja schon ganz schön lange so aus), die eines gewissen Autismus nicht entbehrt und die angesichts der derzeitig gegebenen Kräfteverhältnisse manchmal auch lähmend wirken kann.

rien ne va plus

Die oben analytisch unterschiedenen "externen" und "internen" Faktoren lassen sich nicht getrennt voneinander diskutieren, das Resultat produzieren sie gemeinsam. Und was aus dem Zusammenspiel von äußeren Umständen und internen Defiziten folgt, wirkt auch wieder zurück, sozusagen ein endloser Kreislauf mit Abwärtstrend.
Und der sieht ungefähr so aus: Unser Hauptaugenmerk liegt meist, da auch kaum zu übersehen (aber vielleicht zu umgehen), auf den Bullen. Für einige bedeutet deren martialisches Auftreten und die damit verbundene Ausübung staatlicher Macht eine Hemmschwelle, überhaupt auf Demos zu gehen. Den Anwesenden vermitteln sie ein Ausgeliefertsein an die Spielregeln, die von den Bullen diktiert werden. Angesichts massiver Bullenpräsenz scheint es kaum Handlungsmöglichkeiten zu geben, die Entwicklung spontaner, "selbstbestimmter" Dynamiken tendiert gegen Null.
Auch die Wahrnehmbarkeit nach Außen beschränkt sich derzeit zumeist auf die Demonstration der neusten polizeilichen Outfits und Repressionsinsignien. Im Wanderkessel gehende Demonstrant_Innen sind von Außenstehenden kaum zu sehen und das, was wir inhaltlich zu sagen haben, erreicht allein schon wegen des räum-







lichen Abstands kaum die Wenigen, die sich eventuell dafür interessieren könnten. So werden linksradikale Demonstrationen zu höchst symbolischen Veranstaltungen, die realistisch betrachtet tatsächlich einigermaßen irrelevant sind. Für uns heißt das: "Erfolgserlebnisse" bleiben aus, was wiederum eine demoralisierende Wirkung nach Innen hat.

Was übrig bleibt, ist ein Abarbeiten an den Bullen als Highlight jeder Demo. Mit dieser Fixierung lassen wir uns auf ein Handlungsschema ein, das a) unsere Kräfte bindet und b) das, was wir (nicht) wollen, d.h. den inhaltlichen politischen Anlass der Demo aus dem Blick verliert. Denn schließlich haben wir ja meist noch was anderes zu sagen als: Bullen und Repression sind voll scheiße. Zumindest wäre das wünschenswert.

re-funktion

Hinter diesen unerfreulichen Ausführungen verbirgt sich offenbar eine zumindest vage Vorstellung davon, was grundsätzliche Funktionen von Demonstrationen sind oder waren. Diese wollen wir im Folgenden kurz rekapitulieren.

Zunächst einmal halten wir Demos für eine anerkannte und etablierte, sicht- und hörbare Form politischer Repräsentation und Praxis. Sie sind nicht nur ein verbrieftes Recht (was zumindest taktisch und faktisch von Belang ist), sondern auch eine bewährte Praxis, um eine kollektive Opposition zu bzw. Unversöhnlichkeit mit gesellschaftlichen Diskursen und Herrschaftsverhältnissen zu artikulieren und hervorzubringen. Demos eignen sich nicht nur als Reaktion auf soziale und politische Unzumutbarkeiten, sondern auch zur Veröffentlichung eigener Forderungen und Perspektiven. Sie können als temporäre symbolische und praktische Aneignung gesellschaftlicher und öffentlicher Räume fungieren und im Spannungsverhältnis zur herrschenden Ordnung ein "selbstbestimmtes" Füllen dieser Räume bedeuten.

Nicht zuletzt tragen Demonstrationen nicht unwesentlich zur (Re-)Produktion einer "Szene" bei. Sie stellen ein relativ niedrigschwelliges Partizipationsangebot dar und dienen als Andockfläche für Nichtorganisierte. Zudem sind sie ein Modus der Selbstvergewisserung. Diese reicht von der vermeintlich banalen Erfahrung, dass mensch ja doch gar nicht so alleine für oder gegen bestimmte politische Zustände kämpft, über die Kommunikationsmöglichkeiten und sozialen Kontakte, die sich auf derlei Zusammenkünften ergeben, bis hin zur Konstruktion einer (wie auch immer fälschlich homogenisierenden, ausschließenden oder – schon besser – strategischen) Wir-Identität.

was tun wenn's nicht brennt?

Diese kurze Zusammenstellung verdeutlicht, dass Demos einige nicht zu unterschätzende Qualitäten aufweisen (könnten), die sich in dieser Form in anderen politischen Praktiken nicht wiederfinden lassen. Folglich geht es uns auch nicht darum, Demos abzuschaffen, wohl aber darum, die Notwendigkeit einiger Modifikationen aufzuzeigen. Dabei empfiehlt es sich, zwischen verschiedenen Fragestellungen zu unterscheiden. Diese bewegen sich teilweise auf unterschiedlichen politischen Ebenen und werden im Folgenden skizziert, ohne dabei ein erschöpfendes Bild liefern zu wollen.

Ein Bestandteil dessen, was wir weiter oben als "Ritualisierung" bezeichnet haben, ist eine gewisse Konfrontationslogik oder Inszenierung potentiell militanter Unversöhnlichkeit unsererseits. Diese ist sicherlich berechtigt. Zu fragen wäre allerdings, ob die Bullen tatsächlich irgendwen oder irgendwas vor (einigen von) uns beschützen müssen. Was und welche würden wir konfrontieren, wie agieren, wenn mal kein Staatspersonal zur Stelle wäre? Gäbe es dann die riots, für die sich viele Demoteilnehmer_Innen dem Habitus und den Parolen nach schon bestens gerüstet haben? Oder schmeichelt gerade die massive Polizeipräsenz der Fiktion einer eigenen "Gefährlichkeit", die so weder eingelöst werden kann noch soll?

Eine andere Ebene berührt die Frage, ob es sich angesichts der derzeitig offensiv betriebenen Einschränkung des Demonstrationsrechts lohnt, auf ein juristisches Vorgehen gegen diese Entwicklung zu setzen. Kann durch geschicktes Ausnutzen der Rechtsgrundlagen der Spielraum für die Durchführung von Demos gerettet/erweitert werden? Oder sollte dies vorrangig eben da durchgesetzt werden, wo wir auch demonstrieren, nämlich auf der Straße?

Eine weitere Überlegung betrifft die Frage der Strukturen, die auf Demos agieren. Mit welchen soll demonstriert werden und wen gibt es überhaupt noch (nicht)? Ist taktisch gerade eher eine ausgiebige Vorbereitung und konspirative Absprache nötig und/oder setzt mensch auf die Mobilisierung zu diffusen Großevents?

Außerdem gilt es zu klären, welche Teilaspekte von Demos besonders wichtig, erhaltens- oder wiedergewinnenswert erscheinen. Geht es um die spezifische Form der Kollektivität, die so bei keiner anderen Aktionsform gegeben ist? Oder eher um die Verbreitung von Inhalten? Kommen diese eher zu kurz oder nerven die ewig langen Redebeiträge oder beides? Sollte sich herausstellen, dass einige der als selbstverständlich hingenommenen Elemente eigentlich nicht besonders zum Gelingen einer Demo beitragen, besteht kein Grund an ihnen festzuhalten und nicht mit anderen Ideen zu experimentieren.

Welche anderen Demoformen gibt es oder könnte es geben? War z.B. der EuroMayday ein ganz großes Ding, weil da mal kaum Bullen am Start waren und dafür alles so schön bunt? Oder verdeckt die Überstrapazierung dieses vielleicht eher als Negativbeispiel wahrgenommenen Events, dass durchaus auch Formen jenseits von entweder BlackBlock oder Spaßparade denkbar bzw. zu erfinden wären? Hier lohnt sich eventuell auch der Blick über den hamburgischen, deutschen oder europäischen Tellerrand.

Schließlich könnte mensch noch darüber nachdenken, ob andere Aktionsformen eine partielle Alternative zum Demotrott bieten. Eignen sich z.B. Radio-Ballett, Kleingruppenaktionen oder Internetdemos

aufgrund von Zerstreuung und Dezentralität nicht viel eher zur Herausforderung derzeitiger Verhältnisse als die altbekannten, behäbigen Großdemonstrationen? Es geht uns nicht darum, diese Praxen gegeneinander zu reden. Aber vielleicht eignen sich ja die Erfahrungen und Qualitäten anderer Aktionsformen, um eingefahrene Demologiken und -abläufe etwas aufzupeppen.

Neben und verbunden mit diesem bunten Allerlei brennender Fragen wäre es außerdem erstrebenswert, die Geschichte der Demonstrationskultur (aus pragmatischen Gründen vielleicht erstmal im deutschen oder hamburgischen Kontext) aufzuarbeiten. Durch eine historische Perspektive würde wahrscheinlich zunächst einmal deutlich werden, dass es sich bei Demopraxen um Ergebnisse von Lernprozessen handelt und nicht um Reißbrettentwürfe (was nicht ganz unwesentlich für die Entwicklung toller neuer Konzepte ist).
Zudem ließen sich eventuell der Militanzkult und das Denken in militärischen Kategorien relativieren. Oder mensch käme zu der Einschätzung, dass gerade Ge- und Entschlossenheit sowie ein offensives Auftreten Qualitäten waren und sind, die es wieder verstärkt zu kultivieren gilt. In jedem Fall könnte durch eine historische Betrachtung die Vielschichtigkeit politischer Erfolge und demonstrativer Praxen in den Blick geraten, die auch neue Impulse gegen aktuelle Sackgassen liefern könnte. So ließe sich vielleicht aus der Geschichte lernen, anstatt sich an bereits gemachten Fehlern abzuarbeiten – neue werden wir eh machen.

go and face the strange

Wie oben bereits erwähnt ist es nicht unser Anliegen, Demos abzuschaffen, sondern wieder effektiver in die gegenwärtige Ordnung der Dinge zu intervenieren. Dabei halten wir es für ratsam, entlang von zwei Achsen zu diskutieren:
1. könnte es darum gehen, die Logik der aktuellen Demonstrationskultur zu hinterfragen und zu verschieben. Dies würde bedeuten, sich möglichst wenig am Bullenszenario abzuarbeiten, alternative Demonstrations- und Aktionsformen zu entwickeln und die demonstrativen Aktivitäten teilweise auf andere als die lieb gewonnenen Orte und Räume zu verlegen.
2. könnte es aber auch angesagt sein, ein eher klassisches Demokonzept beizubehalten und dabei zu versuchen, neue Spielräume zu gewinnen. Hier könnte versucht werden (z.B. durch teilweise Umgehung des Wanderkessels, temporäre Zerstreuung oder sonstige unvorhersehbare Ereignisse), Situationen unkontrollierbar zu machen. Dies wäre zwar immer noch ein ziemlich bullenzentrierter Ansatz, könnte aber im besten Fall die polizeiliche Überpräsenz ad absurdum zu führen oder gegen sich selbst arbeiten lassen. Das würde zumindest Spaß machen.

Beim Entwickeln neuer Ansätze gilt es allerdings im Auge zu behalten, dass die verschiedenen Optionen kontextsensibel erwogen werden sollten und dass es unleistbar ist, Demos per Dekret insgesamt zu etwas völlig Neuem uns Anderem zu machen. Es bedarf wohl eher kleinschrittiger Absprachen und Maßnahmen, die entweder die Weichen bereits im Vorfeld zu stellen vermögen und/oder zur Nachahmung einladen. Es bleibt zu diskutieren, auf welcher Ebene (Demologik aufbrechen? Spielräume erweitern? Drei Wünsche auf einmal?) es gilt, nach spezifischen "Lösungen" zu suchen und vor allem, wie konkrete Ansätze und Szenarien aussehen könnten.

see-you-in-the-street-gang

Erneuter Versuch von Rechtsaußen, das Nadir-Archiv zu entschärfen

Der Verein nadir.org, Betreiberin von Websiten, Mailinglisten und anderen elektronischen Services für die Linke, wird von Patrick M. Rogozenski, einem Anwalt aus Hamburg, wegen angeblicher Persönlichkeitsrechtsverletzung verklagt. Die Klage, die gleich auf Landgerichtsebene in Hamburg verhandelt wird, richtet sich gegen einen seit 1995 im nadir Online-Archiv abgelegten Artikel aus einer antifaschistischen Broschüre zu rechten Hochschulgruppen in Hamburg . Patrick M. Rogozenski wird in diesem Aufsatz als Mitglied der neurechten Hochschulgruppe 146 genannt. Außerdem steht darin, er habe die "Junge Freiheit" abonniert und sei Mitglied des rechten "Gesamtdeutschen Studentenverbandes".

"Der Artikel, der seit rund 10 Jahren im Internet abrufbar ist, scheint Herrn Rogozenski nun, wo er eine weiße Weste als Anwalt braucht, zu stören", so Peter Leuchtkopf von nadir.org. Leuchtkopf weiter: "Anstatt jedoch deutlich zu machen, dass die Mitgliedschaft in der Gruppe 146 ein Fehler war, versucht Hr. Rogozenski das politische Engagement der rechten Gruppe zu verharmlosen. Dies deutet auf eine unveränderte politische Einstellung hin."

Patrick Rogozenski, der auch schon mal für das "Ostpreußenblatt" ein revisionistisches Buch aus dem rechtsextremen MUT-Verlag rezensierte, geht in seiner Klageschrift in keiner Weise darauf ein, dass die Gruppe 146 beste Verbindungen zur militanten rechtsextremen Szene hatte, wie selbst Christian Worch in "Spiegel Reporter" zugab . Für Rogozenski geht es nur darum, den hässlichen Eintrag im Internet wegzuklagen. "Er übersieht dabei jedoch den Unterschied zwischen einem archivarischen Artikel und aktueller Berichterstattung", so Leuchtkopf von nadir.org. Denn es ist der Indexierungsdienst Google, der den bei nadir archivierten Artikel an prominenter Stelle reproduziert. Google ist jedoch insgesamt wesentlich jüngeren Datums als der bei nadir.org archivierte Artikel. Schon allein deshalb kann nadir.org nicht für Treffer bei Google verantwortlich gemacht werden. Auch ist der archivarische Charakter des inkriminierten Artikels eindeutig bereits in der URL erkennbar: www.nadir.org/nadir/archiv/...

Schon einmal wurde versucht, nadirs Archiv zu entschärfen: Jost Berstermann klagte vor dem Landgericht Berlin gegen nadir e.V. und verlor . Der heutige Manager Berstermann wollte seine früheren Aktivitäten bei einigen rechten und rechtsextremen Organisationen aus dem WWW gestrichen haben. "Was ist ein Archiv wert, wenn darin jeder herumpfuschen kann?" fragt Leuchtkopf von nadir.org. "Der Wert eines Archivs besteht grundsätzlich in seiner Unbestechlichkeit. Archivarische Dokumente gehören nicht angetastet."

Der erste Verhandlungstag ist für den 26.8.2005, 10 Uhr, Raum 833, Ziviljustizgebäude, Sievekingplatz 1, festgelegt.

nadir am 12.8.2005

By the way: Über personelle und finanzielle Unterstützung freuen wir uns immer sehr.

G8 Gipfel 2007 in Heiligendamm

Aufruf zu gemeinsamen Aktionen gegen den G-8-Gipfel 2007 in Heiligendamm: Diskutieren, Protestieren, Umzingeln, Blockieren...!



In diesem Jahr war es ein mondänes Schloss im schottischen Gleneagles, 2006 wird es die ehemalige russische Zarenresidenz St. Petersburg sein und im Frühsommer 2007 treffen sich die "Führer der Welt" im Kempinski-Grandhotel in Heiligendamm an der mecklenburgischen Ostseeküste. Im Bild der Regierungschefs der acht stärksten Wirtschaftsnationen symbolisiert sich wie kaum sonst die Macht des globalisierten Kapitalismus und seine politische und militärische Gewalt. Nur diese Machtfülle legitimiert den G-8.
Die G-8-Gipfel sind daher immer wieder zu Kristallisationspunkten für Protest und Widerstand geworden. Und sie sind Anlass für grundlegende Fragen: Wie sieht die Welt aus, die der globalisierte Kapitalismus und seine Gallionsfiguren geschaffen haben? Sind nicht Kriege, Armut und Umweltzerstörung die Folge der Herrschaft der wirtschaftlich Mächtigen über die Vielzahl der Ohnmächtigen? Sind nicht eine andere Welt und eine andere Globalisierung möglich und längst überfällig, die aufbauen auf Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und Emanzipation?

Hunderttausende AktivistInnen haben auf Demonstrationen, in Diskussionen in den Camps und auf den zahlreichen Gegengipfel-Veranstaltungen immer wieder versucht Antworten auf diese Fragen zu formulieren. Und in der Menge, Vielfalt, Internationalität und Radikalität der TeilnehmerInnen drückte sich dabei immer wieder auch der Ansatz einer solidarischen Globalisierung von unten aus. Durch Straßenproteste, Blockaden oder direkten Aktionen wurden in der Vergangenheit die "Roten Zonen" der Macht attackiert und die G-8-Treffen wurden aus den Großstädten an die Peripherie gedrängt. Die Bilder wandelten sich: Schon längst huldigt keine dankbare Bevölkerung mehr den Mächtigen und das populistische Bad in der Menge gehört dem letzten Jahrtausend an. Seit den Ereignissen von Genua treffen sich die G-8 in nichtöffentlichen Luxusdomizilen fernab der Zentren, hinter Stacheldraht, geschützt durch Flugabwehrraketen und massive Polizeitruppen.
Dieses Szenario erwartet uns im Sommer 2007 in Heiligendamm. Es geht daher darum schon jetzt die Vorraussetzungen zu schaffen, dass in zwei Jahren gemeinsam kraftvolle Tage des Widerstands organisiert werden. Demonstrationen, Veranstaltungen, Blockaden, Aktionen, Diskussionen, Kultur- und Musikfestivals sollen deutlich machen, dass wir uns mit den globalen und lokalen Auswirkungen des kapitalistischen Weltsystems nicht abfinden werden.
Dabei lehnen wir jede Form von chauvinistischer Standortlogik ab und sollten als soziale Bewegung die expansive deutsch-europäische-Militärpolitik und das neoliberale Kontrollregime im Innern zurückweisen.

Niemand von uns geht davon aus, dass wir im Frühsommer 2007 an der mecklenburgischen Ostseeküste die Welt entscheidend verändern werden, aber wir wissen, was Tage der Bewegung leisten können. Nicht wenige von uns waren in der Vergangenheit TeilnehmerInnen oder MitinitiatorInnen von Großmobilisierungen; ob zum damaligen G-7 in Bonn 1985, dem IWF-Treffen in Westberlin 1988, oder gegen die Gipfeltreffen von München 1992, Köln 1999, Genua 2001, Evian 2003 oder dieses Jahr in Gleneagles. Die kommenden zwei Jahre sind für die inhaltliche wie organisatorische Vorbereitung entscheidend. Auf dem Weg nach Heiligendamm 2007 besteht für unsere Bewegung die Möglichkeit der Politisierung und Ermutigung zum Widerstand für viele. Die Vernetzung der Organisationen, Gruppen und Strömungen, die an der Mobilisierung teilnehmen, können über die Tage in Heiligendamm hinausweisen.

Die G-8-Mobilisierung ist offen für vielfältige Debatten und Bewegungen. Dieses Potenzial kann dann freigesetzt werden, wenn die Kampagne nicht getrennt von den sozialen Kämpfen und Widerstandspraxen geführt, sondern als gemeinsame Handlungschance in die bestehenden Felder der Auseinandersetzung hineingetragen wird: in die Studierendenproteste,

in die Hartz IV/Erwerbslosen-Initiativen, in die Umweltbewegung, in die Antikriegsbewegung, in antipatriarchale und feministische Gruppen Gruppen, in die antifaschistische Bewegung, in die migrantische Selbstorganisierung und die No-Border-Netzwerke usw. Im Zusammenwirken Aller liegt allein die Möglichkeit, dass mehr als ein einmaliges Ereignis entsteht, nämlich ein Aufbruchssignal für eine sich neu formierende Bewegung, die wieder Kraft und Selbstvertrauen besitzt.

Das Gesamtprojekt G-8-Mobilisierung 2007 ist so groß und ambitioniert, dass eine Strömung oder Organisation damit überfordert wäre. Jeder Versuch eines Alleingangs oder die Dominanz einer Richtung würde die Handlungsmöglichkeiten und die politische Ausstrahlungskraft der Aktionen insgesamt merklich einschränken. Im Interesse der Gesamt-Bewegung wollen wir das Prinzip der Einheit in der Vielfalt tatsächlich zur Geltung bringen.

Wir rufen daher zur Bildung eines breit angelegten Gesamtbündnisses auf, das-die Organisation und Koordination der gemeinsamen Aufgaben übernimmt, die nicht von einzelnen Strömungen allein geleistet werden können. Hier sollten Initiativen aus allen Spektren der Linken zusammen kommen: Die lokalen Sozialforen, Erwerbslosen- und Sozialinitiativen, Antifagruppen, Flüchtlings-Initiativen, Autonome Gruppen und andere bewegungsorientierte Linksradikale, 3.Welt- und Kirchengruppen, attac und die no-global-Netzwerke, traditionskommunistische und trotzkistische Organisationen, Gewerkschaftsgliederungen und -jugendverbände, Linkspartei/PDS usw.

Damit alle relevanten Gruppierungen an den Vorbereitungen gleichberechtigt teilnehmen können, brauchen wir einen Grundkonsens, der um die Unterschiede wissend ein offenes Miteinander ermöglicht und nicht zu eng gefasst ist.

Als gemeinsame Grundlagen schlagen wir vor:
* Die eindeutige Delegitimierung der G-8;
* Die gegenseitige Anerkennung unterschiedlicher Aktions- und Widerstandsformen;
* Ein solidarischer, verlässlicher Umgang miteinander, der verbindliche Absprachen erlaubt;
* Eine klare und offensive Abgrenzung gegenüber rechtspopulistischen und rechten Kräften.

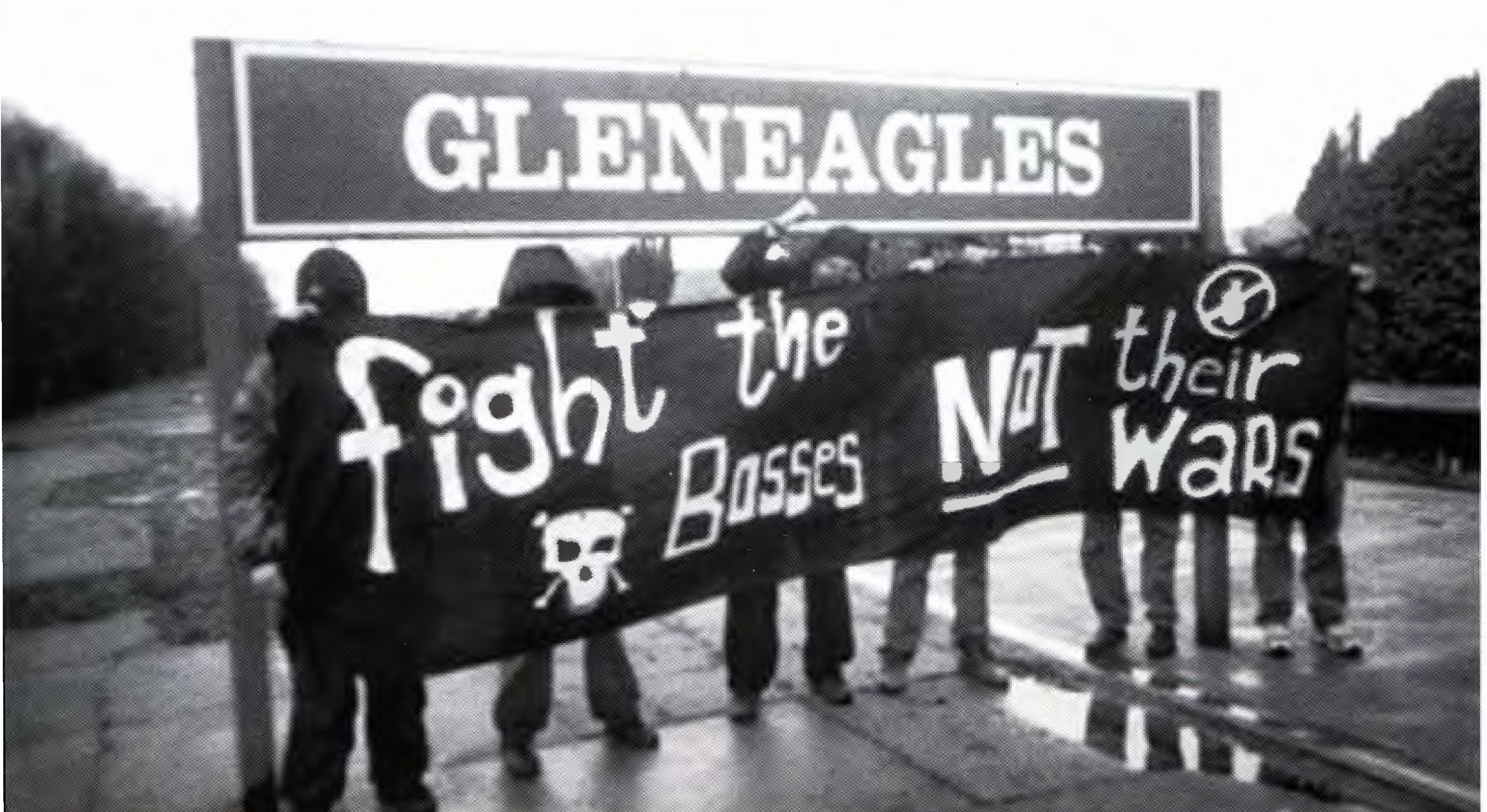
Wir wollen für den Vorschlag werben, dass unter möglichst großer Beteiligung ein Bündnis gegen den G-8-in-Heiligendamm gebildet wird. Wir werden uns darum bemühen, dass es schon Anfang 2006 eine breit getragene Einladung dazu gibt und hoffen auf ein bewegungsorientiertes, basisdemokratisches Bündnis, das auch den politischen Raum schafft, die unterschiedliche Praxis aller Beteiligten in der Einheit der Kritik wirkungsvoll zu entfalten.
Dieser Vorschlag eines großen Bündnisses schließt andere bereits bestehende Initiativen zur Gegenmobilisierung ein. Jeder Mobilisierungsansatz ist zu begrüßen. Wir denken aber, dass es zusätzlich notwendig und sinnvoll ist, tatsächlich alle Gruppen, Organisationen und Strömungen zusammenzubringen und das Experiment einer offenen und konstruktiven Zusammenarbeit zu wagen.
Denn die bevorstehenden Aufgaben wie z.B. gemeinsamer Camp-Koordination, verlässliche Praxisabsprachen, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, internationaler Mobilisierung, Öffentlichkeitsarbeit und Finanzierung werden nur gemeinsam lösbar sein.

Die vor uns liegenden zwei Jahre bis zum Gipfel werden wir für die Vorbereitung und Mobilisierung dringend brauchen. Es ist jetzt an der Zeit damit anzufangen.

Für eine interventionistische Linke:
Juni 2005

Antifaschistische Linke Berlin (ALB); AVANTI - Projekt undogmatische Linke; Redaktionen analyse + kritik/fantômas; Dr. Sabah Alnasseri (Universität Frankfurt und Kassel); Erika Feyerabend; fortsetzung folgt! (München); Bundesweite Kampagne Libertad!; Dagmar Paternoga, Bonn; Radikale Linke Köln; radikale linke (rl) Nürnberg - Projekt für revolutionäre Organisierung; Michael Ramminger (ITP, Münster); Werner Rätz (Informationsstelle Lateinamerika, attac-D Ko-Kreis); Thomas Seibert (attac-Rat); Redaktion der Zeitung So oder So; Pedram Shahyar (attac Ko-Kreis); rosa antifa wien; Stiftung Unruhe Köln; Katja Strobel (Münster); Georg Wißmeier, Hamburg

Infos: www.g8-2007.de
Kontakt: info[at]g8-2007



G8-Gipfel 2007

Diskussions- und Vorbereitungswochenende eines PGA nahen Netzwerkes vom 7. - 9. Oktober 2005 in Hamburg

Warum dagegen?

Die G8 - das ist die "Gruppe der acht" Regierungschefs der weltweit mächtigsten Industrienationen. In dieser Runde wird vorgegeben, nach Lösungen für die Probleme der Welt zu suchen: Hunger, Krieg und Umweltzerstörung sollen bekämpft werden, während tatsächlich aber das kapitalistische System ausgebaut und stabilisiert wird, welches diese Probleme erst produziert.
G8-Treffen sind wichtige Orte, an denen die Industriestaaten die Möglichkeit haben, ihre Interessen zu koordinieren und die neoliberale Globalisierung noch effizienter und gnadenloser zu planen und durchzusetzen.

In den vergangenen Jahren konnte kaum ein Gipfeltreffen ungestört durchgeführt werden: ob gegen die G8 in Genua und Evian, gegen IWF/Weltbank in Prag und schon 1988 in Berlin, gegen die WTO in Seattle - Widerstand ist die offensichtliche und immer lauter werdende Antwort auf diese herrschende Ordnung. Seit den Protesten in Genua 2001 werden die G8-Treffen nicht mehr in den Metropolen abgehalten und in teils schwer zugängliche (und leichter zu kontrollierende) Landstriche verlegt.

Im Sommer 2007 kommt der jährliche G8-Gipfel nach Deutschland. Das Treffen wird im Kempinski Grand Hotel in Heiligendamm in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden, ein exklusiver Kurort direkt an der Ostsee. Heiligendamm liegt ca. 20km westlich von Rostock, 200km von Berlin.

Der G8-Gipfel in Deutschland ist also eine gute Möglichkeit der "Gruppe der acht" zu zeigen für wen sie NICHT spricht. Zudem bietet der Gipfel viele Ansatzpunkte konkreter gesellschaftlicher Intervention. Nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern gibt es viele "Teilbereichsbewegungen", deren Arbeitsfelder auch mit der Politik der G8 zu tun haben: Gentechnik, Atom- und Energiepolitik, Privatisierung, Migrationspolitik, Rassismus, Militarisierung, Patriarchat etc. 2004 gab es eine Anti- Lager-Tour auch durch Mecklenburg-Vorpommern, bei der gegen die verschiedenen rassistischen Repressionsformen wie Lager und Abschiebungen protestiert wurde.



Wer sind wir?

Wir sind bisher ein Netzwerk von Aktiven aus verschiedenen linken Spektren. Inspiriert vom Vernetzungsprozess verschiedener linker Gruppen in Grossbritannien, die unter dem Namen "dissent! A network of resistance against the G8" Aktionen in Schottland koordinieren, möchten wir jetzt schon damit beginnen, über einen gebührenden Empfang der G8 auch in Deutschland nachzudenken.

Diese Einladung richtet sich an Gruppen und Einzelpersonen aus sämtlichen "Teilbereichen". Wir wollen unsere täglichen Kämpfe in einen gemeinsamen Zusammenhang gegen die Politik der G8 stellen, und in Bezug auf den Gipfel Aktionen und inhaltliche Auseinandersetzung planen. Die Mobilisierung zum G8-Gipfel ist eine Chance für Vernetzung und intensiven Austausch von Ideen und Praxen.

Sehr wichtig ist uns der Ausbau der internationalen Vernetzung. Zwar mobilisieren wir für dieses erste Vorbereitungswochenende noch nicht international; wir werben zunächst im deutschsprachigen Raum. Insbesondere wollen wir Menschen mit Migrationshintergrund ansprechen. Aufgrund der regionalen Nähe des Gipfels werden wir auch versuchen Gruppen aus Polen einzuladen.

Warum jetzt schon mobilisieren?

Wir haben zwei Jahre Zeit, die wir für die Schaffung von Kommunikations- und Diskussionsstrukturen nutzen wollen, damit die undogmatische Linke gestärkt in die Proteste hinein- und vor allem gestärkt daraus wieder herausgeht. Diese Proteste zu organisieren ist eine immense Arbeit und braucht viele Menschen. Medien- und Öffentlichkeitsarbeit muß organisiert, Texte geschrieben und die Vernetzung vorangetrieben werden. Regionale und internationale Vorbereitungstreffen müssen auf die Beine gestellt und neue Kontakte gesucht werden. Es braucht Leute die einen tragfähigen Legal Support aufbauen, und nicht zu spät müssen verschiedene Arbeitsgruppen konstituiert sein: Convergence Center, Demosanität, Kochen, Schlafen + Transport. Und vor dem eigentlichen Gipfel sollen ja auch noch Aktionen, Camps und inhaltliche Auseindersetzungen stattfinden. Und dann muß auch noch mit NGOs, Gewerkschaften, politischen Splittergruppen und der Lokalregierung gestritten werden (naja, nicht zuletzt ist der nächste G8-Gipfel 2006 zunächst in Russland. Den Widerstand dort wollen wir natürlich auch unterstützen).

Die Mobilisierung gegen den G8-Gipfel wollen wir nicht allein etablierten NGOs überlassen: der Abbau von hierarchischen Strukturen ist ein wichtiger Teil unserer Arbeit. Wir gehen davon aus, dass auch reaktionäre Gruppen, womöglich sogar Nazis etwas gegen den G8-Gipfel haben. Dieser Nebenschauplatz soll von uns nicht außer acht gelassen werden.
Uns ist weiterhin wichtig, mit BewohnerInnen der vom G8-Gipfel heimgesuchten Region in Kontakt zu treten.

In einem selbstorganisierten Netzwerk möchten wir gleichberechtigt mit anderen Grass Roots Gruppen und Einzelpersonen zusammenarbeiten. Wir hoffen, auf viele Engagierte auch aus "etablierten Verbänden" zu treffen, die die Stärke einer solchen Herangehensweise erkennen und die mit uns arbeiten möchten.
Unterschiedliche Aktionsformen begreifen wir als Ausdruck vielfältiger Herangehensweisen und sehen darin unsere Stärke. Wer bereit ist, eigene Aktionsformen kritisch zu reflektieren, und dabei andere Positionen respektiert, ist willkommen. Die PGA Eckpunkte (s.u.) bieten hierfür einen guten Orientierungsrahmen.

Die PGA Eckpunkte, an denen wir uns bisher orientieren:

1.Eine klare Ablehnung von Kapitalismus, Imperialismus und Feudalismus; und aller Handelsabkommen, Institutionen und Regierungen, die zerstörerische Globalisierung vorantreiben.

2.Wir lehnen alle Formen und Systeme von Herrschaft und Diskriminierung ab, einschließlich aber nicht beschränkt auf Patriarchat, Rassismus und religiösen Fundamentalismus aller Art. Wir anerkennen die vollständige Würde aller Menschen.

3.Eine konfrontative Haltung, da wir nicht glauben, dass Lobbyarbeit einen nennenswerten Einfluss haben kann auf undemokratische Organisationen, die maßgeblich vom transnationalen Kapital beeinflusst sind.

4.Ein Aufruf zu direkter Aktion und zivilem Ungehorsam, Unterstützung für die Kämpfe sozialer Bewegungen, die Respekt für das Leben und die Rechte der unterdrückten Menschen maximieren, wie auch den Aufbau von lokalen Alternativen zum Kapitalismus.

5.Eine Organisationsphilosophie, die auf Dezentralisierung und Autonomie aufgebaut ist.

Wir wollen aus den Erfahrungen von vergangenen Gipfelmobilisierungen lernen, indem wir gemeinsam Diskussionen führen, wie wir Protest und Widerstand am sinnvollsten nach Heiligendamm tragen. Wie wir uns vernetzen, was wir im Vorfeld und während des Gipfels machen - das ist noch offen, und kann am besten mit breiter Beteiligung beantwortet werden.

Worum geht es im Oktober?

Ein erstes Treffen mit etwa 80 Leuten fand bereits im Mai 2005 im Rahmen des Bundeskongress Internationalismus (BUKO) in Hamburg statt. Auch auf dem dissent!-Treffen in Mannheim war die Vorbereitung des G8-Gipfels 2007 auf der Tagesordnung. Auf dem Sozialforum in Erfurt und dem Prekarisierungscamp im Wendland wird es dazu die ersten Workshops geben.
Auf dem Wochenende im Oktober wollen wir nun tiefer in die inhaltliche und organisatorische Planung einsteigen. Einen detaillierten Vorschlag zur Tagesordnung veröffentlichen wir im September; bisher haben wir uns folgendes überlegt:

Freitag Abend
-- Block 1: Geschichte + Auswertung Gleneagles
In welcher Tradition steht die Mobilisierung nach Heiligendamm? Ein kurzer Abriß der Gipfelproteste seit 1988.
Auswertung der Mobilisierung nach Gleneagles. Welche Aktionen waren erfolgreich? Wie tragfähig sind die Strukturen des dissent!-Netzwerks?

Samstag
-- Block 2: Inhalt und Ziele
Kritik am Gipfelhopping vs. Chancen für gesellschaftliche Intervention. Was versprechen wir uns von den Protesten in Heiligendamm? Aussichten für die Linke in Deutschland und international, gesellschaftliche Prozesse, internationale Vernetzung. Perspektiven und Aktionen ausloten.

Wer sind wir und was wollen wir? Konstituierung unseres Zusammenhangs. Auf welche Gruppen oder Bündnisse wollen wir nicht verzichten, auf welche schon? Was kritisieren wir an den G8 und am Kapitalismus, was ist unser gemeinsamer Nenner?

Sonntag
-- Block 3: Praxis
Wie geht es weiter? Organisations- und Entscheidungsstrukturen sowie Kommunikation klären. Dringende Planungsschritte beginnen, Arbeitsgruppen bilden.

Soweit so gut. Auf dem Treffen in Hamburg gab es bereits ein buntes Ideenfeuerwerk für Aktionen und Kampagnen. Mindestens eine Idee hat sich bis heute im Vorbereitungskreis gehalten und müsste bald in konkrete Planung übergehen: Wir wollen schon nächstes Jahr ein internationales Vorbereitungs- und Mobilisierungscamp in Mecklenburg-Vorpommern machen. Das Camp könnte zeitlich rund um den G8 in Russland liegen und konkret die Politik der G8 (und ihre lokalen Auswirkungen) thematisieren.

Es wäre schön wenn Ihr Euch für das Wochenende anmelden könnt bzw. in etwa sagt mit wie viel Personen Ihr anreist. Der Zusammenhang der sich auf dem BUKO getroffen hat (bzw. die Vorbereitungsgruppe) ist erreichbar unter g8-2007@riseup.net.

Na dann, wir gehen von einem großen und relevanten Treffen aus und freuen uns auf Euch!!

Die Vorbereitungsgruppe



Aktionstour gegen das Europäische Lagersystem.

Bewegungsfreiheit und Gleiche Rechte für Alle – 24./25.9.2005



Überall auf der Welt kämpfen Menschen gegen Lager, teils von innen, teils von außen. Diesen Ball werden wir am 24./25. September aufnehmen – mit einer zweitägigen Aktionstour gegen das Europäische Lagersystem von Bramsche/Niedersachsen nach Mecklenburg-Vorpommern. Unsere Botschaft ist unmissverständlich: Lager sind repressive Nicht-Orte, ihnen ist ohne Wenn und Aber eine Absage zu erteilen. Wir werden deshalb keine Mühe scheuen, die Isolation zu unterwandern, auf die Lagerpolitik abzielt. Wir lassen uns nicht aufteilen – in die, die dazu gehören und die, die auf ihre nackte Existenz reduziert und letztlich abgeschoben oder in die Papierlosigkeit getrieben werden sollen. In Bramsche werden wir uns am 24.9. zusammen mit AktivistInnen des Komitees für Grundrechte und Demokratie für eine öffentliche Inspektion des dortigen Abschiebelagers stark machen. Außerdem wird es uns darum gehen, den Forderungen Nachdruck zu verleihen, die etliche InsassInnen von Bramsche in jüngerer Zeit mehrfach öffentlich formuliert haben, dazu gehört insbesondere die sofortige Schließung des Lagers und die Erteilung eines unbefristeten Bleiberechts. In Mecklenburg-Vorpommern werden wir uns am 25.9. ebenfalls in bereits laufende Auseinandersetzungen einklinken. Auch dort protestieren Flüchtlinge an verschiedenen Orten gegen ihre völlig maroden und meist weit abgelegenen Unterkünfte.

Wir werden gemeinsam – Flüchtlinge und Nicht-Flüchtlinge – im Konvoi von Bramsche nach Mecklenburg-Vorpommern fahren. Das wird nicht gehen, ohne zahlreiche Landkreise zu durchqueren und somit immer wieder die Residenzpflicht zu verletzen, der Flüchtlinge per Gesetz unterliegen. Diese Herausforderung werden wir offensiv annehmen, sie liegt auf einer Linie mit dem Kampf, den verschiedene Flüchtlingsorganisationen bereits seit Jahren gegen die Residenzpflicht führen.

Am 24./25.9. werden wir es zwar mit Lagern in Deutschland zu tun haben, doch politisch geht es uns um mehr: Unser Anliegen ist es, einen Bogen zum Europäischen Lagersystem insgesamt zu schlagen; insbesondere werden wir die öffentliche Aufmerksamkeit auf die derzeit mit Hochdruck forcierte EU-Lagerpolitik in Nordafrika lenken. Denn im Kern geht es nicht um einzelne Lager in einzelnen Ländern, sondern um ein System, dessen grausame Effizienz gerade darin besteht, auf einer Kombination unterschiedlicher, fein aufeinander abgestimmter Lagertypen zu basieren – im direkten Zusammenspiel mit weiteren migrationspolitischen Maßnahmen.

Last but not least: Das NoLager-Netzwerk ist ein bundesweiter Zusammenschluss antirassistischer, feministischer und autonomer Gruppen; eine zentrale Rolle spielen Flüchtlingsselbstorganisationen, darunter die Brandenburger Flüchtlingsinitiative, The Voice und die Karawane. Wir sind in den vergangenen Jahren mit zahlreichen Anti-Lager-Aktionen in Erscheinung getreten. Vergangenes Jahr waren wir etwa 17 Tage lang als Anti-Lager-action-Tour in mehreren nord- und ostdeutschen Bundesländern unterwegs. 2005 sind wir bisher zweimal aktiv geworden: Am 2. April haben wir im Rahmen eines europaweiten Aktionstags für Bewegungsfreiheit und Bleiberecht auf dem Gelände des so genannten Dschungelheims Bahnsdorf in Brandenburg demonstriert. Am 1. Mai liefen wir als NoLager-Block an der Spitze der Euromayday-Parade in Hamburg.

Der Kampf um das Recht auf Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit spitzt sich immer stärker zu – sowohl an den Rändern als auch im Inneren der EU: Auf der einen Seite gelingt es Jahr für Jahr mehreren hunderttausend Flüchtlingen und MigrantInnen, ihren eigenen Weg in die EU zu bahnen, allein über die Grenzen im Süden Europas reisen jährlich ca. 400.000 Menschen ohne Papiere in die EU ein. Die Arbeits- und Lebensbedingungen, mit denen sie es zu tun bekommen, sind zwar meist absolut krass, und doch sollte das nicht den Blick für den Mut, den Erfindungsreichtum und die Entschiedenheit verstellen, womit sich Flüchtlinge und MigrantInnen immer wieder den Klauen des EU-Grenz- und Polizeiregimes entziehen. Das zur Kenntnis zu nehmen, ist vor allem deshalb wichtig, weil sich hierin nicht weniger als der Anspruch auf ein besseres Leben artikuliert – ein Leben in Würde und Selbstbestimmung, in Sicherheit und unter Existenzbedingungen, die nicht nur vom Allernotwendigsten geprägt sind. Flucht und Migration bringen also einmal mehr das Problem globaler Gerechtigkeit auf den Tisch; sie stellen praktisch und unmittelbar das

(neokoloniale) Kommando des Nordens in Frage, das immer noch weite Teile des Südens in den Status unterworfener; wenn nicht abgekoppelter Peripherien zwingt! Genauso wenig sollte aber aus dem Blick geraten, dass die Zahl derer permanent wächst, die an den vom EU-Grenzregime aufgebauten Hürden scheitern. So kommen unzählige Flüchtlinge und MigrantInnen gar nicht erst in Europa an: Sie werden in Transitländern abgefangen und interniert oder sie können aus Geldmangel ihre Reise nicht fortsetzen; stattdessen müssen sie sich unter zum Teil dramatischen Bedingungen jahrelang durchschlagen, in der Hoffnung, irgendwann das notwendige Geld für die Weiterfahrt organisiert zu haben. Wieder andere kommen ums Leben – in der Wüste, bei der Überquerung des Meeres oder durch nackte Gewalt. Schließlich sind da noch die, die es zwar nach Europa geschafft haben, von dort jedoch wieder abgeschoben werden, manche gleich nach ihrer Ankunft, andere erst am Ende jahrelanger Asylverfahren.
Allein: Der EU-Migrationsbürokratie reicht das nicht, sie arbeitet weiterhin ihrem Orwellschen Ziel entgegen, die Zugänge nach Europa möglichst umfassend und flexibel regulieren zu können, letzten Endes soll nur noch den Menschen Einlass gewährt werden, die tatsächlich auf dem Arbeitsmarkt als SpezialistInnen oder als billige, flexible und gewerkschaftlich unorganisierte Arbeitskräfte gebraucht werden.

Eine zentrale Rolle im EU-Grenzregime spielt das Europäische Lagersystem. Sein Ausbau wird derzeit besonders intensiv vorangetrieben. Geplant und zum Teil schon realisiert ist eine Art doppelter (oder noch tiefer gestaffelter) Lager-Gürtel sowohl entlang der EU-Außengrenzen als auch außerhalb der EU – von der Ukraine im Osten bis nach Mauretanien im Süden. Auf diese Weise sollen Flüchtlinge und MigrantInnen bereits frühzeitig vor bzw. an den Toren Europas abgefangen und direkt zurükgebracht werden. Sollten diese Pläne auch nur ansatzweise in die Tat umgesetzt werden, würde dies bedeuten, dass es zukünftig deutlich weniger Flüchtlinge und MigrantInnen schaffen werden, überhaupt nach Europa zu kommen und somit ihr fundamentales Recht auf Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit durchzusetzen! Flüchtlingsauffanglager in unmittelbarer Nähe zur EU wurden erstmalig 1999 während des Kosovo-Kriegs errichtet: Damals gelang es einer Koalition aus NGOs und westlichen Kriegsparteien, ca. 550.000 von 800.000 kosovarischen Flüchtlingen direkt in temporäre und streng bewachte Flüchtlingslager in Albanien und Mazedonien zu lotsen; millionenfache Flüchtlingsströme nach Westeuropa wie noch in den frühen Phasen des Krieges im ehemaligen Jugoslawien konnten so unterbunden werden. Insbesondere dieses aus herrschender Sicht migrationspolitische Meisterstück ist es gewesen, das den britischen Premier Tony Blair 2003 im Angesicht des aufziehenden Irak-Kriegs seine ‚new visions for refugees' formulieren ließ: Danach sollten Flüchtlinge rund um den Globus in EU-finanzierten und von der UN verwalteten Lagern untergebracht werden, etwaige Asylanträge müssten sodann in diesen nahe der jeweiligen Kriegs- und Krisenregion errichteten Lagern gestellt werden. Blairs Vorschläge sorgten seinerzeit für nahezu einhellige Ablehnung in der europäischen Öffentlichkeit, wurden jedoch bereits 1 Jahr später von Bundesinnenminister Otto Schily und seinem italienischen Amtskollegen Giuseppe Pisanu neu aufgelegt – mittlerweile mit ausschließlicher Fokussierung auf Lager in Nordafrika.

Im Oktober 2004 haben schließlich die Justiz- und Innenminister der EU verkündet, dass die EU die Errichtung von "Aufnahmezentren für Asylbewerber" in Algerien, Tunesien, Marokko, Mauretanien und Libyen anstreben würde, jedoch nicht unter Leitung der EU, sondern in Eigenregie der jeweiligen Länder. Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Waffenverkäufe und diplomatisches Stillschweigen hinsichtlich zahlreicher Menschenrechtsverletzungen, in welche sämtliche dieser überwiegend diktatorisch regierten Länder verwickelt sind, sollen den Weg dorthin ebnen.
Mittlerweile sind diese Entwicklungen auf unterschiedlichen Ebenen weiter vorangetrieben worden. So ist die EU endgültig mit dem jahrzehntelang als "Schurkenstaat" titulierten Libyen handelseinig geworden; unter anderem wird die EU zukünftig an der Ausbildung der libyschen Grenzpolizei beteiligt sein.

Die Innenminister von Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Großbritannien haben des Weiteren auf einem so genannten G5-Treffen in Evian einen abermaligen Ausbau des Grenz- und Visaregimes beschlossen – insbesondere zur Abwehr irregulärer Migration an der südlichen EU-Grenze. Hierzu gehört auch der Beschluss, baldmöglichst mit gemeinsamen Sammelabschiebungen in Charterflugzeugen zu beginnen. All dies geht Hand in Hand mit Aktivitäten einzelner Länder: So hat Deutschland bei Tunesien ausdrücklich einen Ausbau des Grenzregimes angemahnt (wozu natürlich auch die Einrichtung von Auffanglagern gehört); im Gegenzug solle Tunesien allein in den Jahren 2005 und 2006 mit 57 Millionen Euro unterstützt werden. Langfristig geht es darum, Tunesien bis 2010 zusammen mit anderen nordafrikanischen Staaten in den europäischen Freihandel einzubinden.
Was die Lagerpläne konkret bedeuten, kann an den mit italienischer Hilfe bereits errichteten Lagern in Tunesien und Libyen abgelesen werden: So finden aus diesen streng von jeder Öffentlichkeit abgeschirmten Lagern regelmäßig brutale und absolut menschenverachtende Abschiebungen statt, unter anderem sind Menschen mitten im Wüsten-Niemandsland ausgesetzt worden. Es steht zu befürchten, dass auf diese Weise bereits mehrere hundert, womöglich mehrere tausend Menschen ums Leben gekommen sind.
Ein weiterer Lagergürtel entlang der EU-Außengrenzen ist bereits weitgehend fertig gestellt: Ob an der polnisch-ukrainischen Grenze, in Ostgriechenland oder auf den Kanarischen Inseln (Spanien), überall sind in den letzten Jahren große Lagerkomplexe auf EU-Territorium entstanden, in denen neu ankommende Flüchtlinge und MigrantInnen interniert und möglichst direkt in die angrenzenden, teils sogar als sicher definierten Nicht-EU-Nachbarländer abgeschoben werden. So sind z.B. im Oktober letzten Jahres 1000 Flüchtlinge ohne Ansehen der Person und ohne Prüfung ihrer individuellen Fluchtgründe mittels einer vom Militär bereitgestellten Luftbrücke von der italienischen Insel Lampedusa nach Libyen abgeschoben worden.

Ein ebenfalls elementarer Bestandteil des Europäischen Lagersystems sind die Lager innerhalb der einzelnen EU-Länder. Allein Deutschland kennt 5 Lagertypen: Zentrale Aufnahmestellen, Gemeinschaftsunterkünfte, Abschiebelager ("Ausreisezentren"), Abschiebeknäste und Kombi-Lager wie z.B. in Bramsche. Viele dieser meist völlig heruntergekommenen Lager sind weit abgelegen – in Wäldern, in Industriezonen oder am Stadtrand. Zusätzlich zur sozialen Isolation kommt ein ausgeklügeltes Schikane- und Demütigungssystem einschließlich rassistischer Sondergesetze wie z.B. das weitgehende Arbeitsverbot für Flüchtlinge. Besonders hervorzuheben ist die (bislang) nur in Deutschland bekannte Residenzpflicht, welche es Flüchtlingen während der gesamten Dauer ihres Asylverfahrens verbietet, ohne Genehmigung der Behörden den ihnen zugewiesenen Landkreis zu verlassen. Die Einhaltung der Residenzpflicht ist zwar nicht lückenlos überprüfbar, trotzdem wirkt das Gesetz

auf viele Flüchtlinge wie eine Fußfessel. Die Residenzpflicht ist also ein zentraler Baustein des deutschen Lagersystems, sie zielt darauf ab, Flüchtlinge zu isolieren, einzuschüchtern und auf diese Weise dem ständigen Zugriff der Behörden auszuliefern.

Das Europäische Lagersystem hat nicht nur viele Gesichter, es erfüllt auch unterschiedliche Aufgaben. Einerseits sollen Flüchtlinge und MigrantInnen mittels Lagerpolitik festgesetzt, isoliert und kontrolliert werden. Denn nur so geht das Kalkül auf, sie möglichst effektiv und geräuschlos auf ihrem Weg nach Europa abzufangen und zurückzuschicken bzw. sie aus Europa wieder abzuschieben. Andererseits geht es darum, Flüchtlinge abzuschrecken bzw. in die Illegalität zu treiben. Dahinter steckt eine Doppelstrategie: Flüchtlinge ohne Papiere kosten nichts, außerdem stehen sie den untersten Abteilungen des europäischen Arbeitsmarkts als besonders einfach erpressbare Arbeitskräfte zur Verfügung. Praktisch folgt hieraus, dass der Kampf um freien Zugang nach Europa und Bewegungsfreiheit immer schon mit dem Kampf um gleiche Rechte für alle kurzgeschlossen werden muss!

Aktionsorte

Das Abschiebelager in Bramsche-Hesepe besteht seit November 2000. Von Beginn an war diese Einrichtung ein Modellprojekt für Lagerpolitik in Deutschland. Dieses Modell nennt sich "Freiwillige Rückkehr".

In Bramsche-Hesepe werden nicht zuletzt Flüchtlinge untergebracht, deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen sind, bei denen aber aufgrund einer Prognoseaussage des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge die Wahrscheinlichkeit groß ist, daß die Verfahren negativ verlaufen werden. In diesem Sinne findet in Bramsche-Hesepe eine "Beratung" einzig in Richtung "Freiwilliger Rückkehr" statt. Bleibeperspektiven kommen nicht zur Sprache. Für die bundesdeutsche Asylpolitik hat damit dieses Lager eine besondere Wichtigkeit, denn hier wird ausprobiert, mit welchen Mitteln Flüchtlinge dazu gedrängt werden können, schnellstmöglich das Land wieder zu verlassen. Das bestätigte zuletzt die Landesregierung am 14. März 2005: "Die Erfahrungen und Kompetenzen in Bramsche sollen auch dafür genutzt werden, die Verstärkung der Rückführungsansätze – insbesondere die Beratung zur Freiwilligen Rückkehr – auch in den übrigen Gemeinschaftsunterkünften der Zentralen Aufnahme- und Ausländereinrichtungen zu intensivieren."

Dabei kann bei der so genannten "Beratung zur Freiwilligen Rückkehr" von Freiwilligkeit kaum die Rede sein. Die Flüchtlinge werden vielmehr durch ein Bündel unterschiedlicher repressiver Maßnahmen dazu gedrängt, ein Papier zu unterschreiben, mit dem sie ihrer "Freiwillige Rückkehr" zustimmen. Dieses Papier wird ihnen immer wieder in der lagerinternen Ausländerbehörde vorgelegt. Unterschreiben sie es nicht, setzt eine Kette von Einschränkungen der wenigen Rechte und Leistungen ein, die die Gesetzgebung Flüchtlingen überhaupt läßt: Kürzung oder gar Streichung des "Taschengeldes", Nichtzulassen zur "gemeinnützigen Arbeit" (1-2 €/Stunde), Einschränkung der ohnehin eingeschränkten Reisefreiheit etc. Den Flüchtlingen bleibt, sich in einem Lager aufzuhalten, das sie zwar verlassen dürfen, dessen Verlassen aber nicht vorgesehen ist. Denn auch dieses Lager liegt im Wald, der nächste größere Ort ist nur mit entsprechenden finanziellen Mitteln zu erreichen. Die Lebensumstände sind so organisiert, dass es keinen ‚offiziellen' Anlaß gibt, das Lager zu verlassen. Die Infrastruktur befindet sich komplett im Lager: Sämtliche Behörden, die Kantine für die Nahrungsaufnahme, die Kleiderkammer, die Sanitätsstation, die Kindertagesstätte und auch die Schule für die schulpflichtigen der ca. 150 Kinder.

Nichtsdestotrotz reisen von Bramsche-Hesepe nicht viele Flüchtlinge "freiwillig" aus. Eine viel größere Zahl zieht stattdessen die Illegalität vor. Schließlich gibt es immer wieder Proteste seitens der InsassInnen des Lagers, die Hauptforderung lautet meist "Schließung des Lagers".

Mecklenburg-Vorpommern

In Mecklenburg-Vorpommern bieten sich mehrere Orte an, um am 25.9. aktiv zu werden. In Retschow etwa liegt das Flüchtlingslager direkt am Waldrand. Mit den wenigen NachbarInnen gibt es keine Kontakte. Einkäufe, Arztbesuche etc. müssen im 7 Kilometer entfernten Bad Doberan erledigt werden, der Bus fährt nur selten, am Wochenende gar nicht. Kurzum: Die soziale Isolation ist so gut wie total. Hinzu kommen katastrophale hygienische Bedingungen in der ehemaligen, völlig verfallenen Kaserne. In vielen Zimmern sind auf 24 qm. 6-10 Personen untergebracht. Bereits seit Monaten protestieren die BewohnerInnen gegen das Lager, sie fordern seine sofortige Schließung. Die Behörden wiegeln indessen ab, sie verweisen darauf, dass das Heim spätestens Ende 2006 (!) sowieso geschlossen werden soll.

Die Lagerpolitik in Mecklenburg-Vorpommern durchläuft derzeit große Veränderungen: Viele Lager werden im Zuge permanent sinkender Flüchtlingszahlen geschlossen. Das betrifft vorzugsweise Lager in den Städten, demgegenüber werden Lager auf dem Land weiterhin aufrechterhalten – z.B. in Ribnitz-Damgarten-Saal. Die Landesregierung verstößt damit einmal mehr gegen ihren eigenen so genannten Dschungelheimerlass, wonach Flüchtlingslager außerhalb geschlossener Wohnbebauungen unzulässig seien. Besonders bedenklich ist, dass das Innenministerium erst jüngst angekündigt hat, dass in der bisherigen Erstaufnahmestelle Horst/Boizenburg zukünftig auch Menschen untergebracht werden sollen, (1) deren Asylantrag abgelehnt wurde und die keine Klage dagegen erhoben haben, die (2) während ihres Aufenthalts ausreisepflichtig geworden sind oder die (3) Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge sind und denen nur vorübergehender Schutz zu gewährleisten ist. Es steht mit anderen Worten zu befürchten, dass das völlig isoliert gelegene Horst zu einer Art Abschiebe- bzw. Vertreibungslager á la Bramsche ausgebaut werden soll. Bemerkenswert ist letzteres auch im Kontext davon, dass derzeit ein Umzug der Hamburger Zentralen Erstaufnahmestelle nach Horst geplant ist – wodurch wohl die Lebenssituation von Flüchtlingen, die formell in Hamburg registriert sind, gezielt verschlechtert, d.h. auf das Niveau von Mecklenburg-Vorpommern runtergedrückt werden soll.

Keine Lager – nicht hier und nicht anderswo!

Treffpunkt 24.9.:

12 Uhr Bahnhof Bramsche-Hesepe, Demo und öffentliche Inspektion des Lagers.

17 Uhr Gemeinsamer Bus- und Autokonvoi nach Mecklenburg-Vorpommern

Nähere Informationen zu den Aktionen in Bramsche und Mecklenburg-Vorpommern auf www.nolager.de
Kontakt: Mail: no_lager@yahoo.de
Fon: 0163 – 46 34 594

Spenden: Steuerlich absetzbare Spenden sind willkommen auf folgendem Konto:
AK Asyl, Sparkasse Göttingen, BLZ: 260 500 01, Kto: 130 450, Stichwort: Anti-Lager-Tour

Dokumentation

»Ein anderer Bildschirmtext ist möglich: "Sie können den Imperialismus jetzt ausschalten!"

Den Widerstand gegen den G8 Gipfel in Gleneageles weitertragen.

Im Anschluss an den G8 Gipfel vom 6. bis 9.Juli 2005 haben wir das Auto des Vorstandchefs der Norddeutschen Affinerie, Werner Marnette, vor seinem Wohnhaus in Hollenstedt in Brand gesetzt. Werner Marnette vereinigt in seiner Person mehrere Funktionen, die uns besonders geeignet erscheinen, um anhand unserer Aktion unterschiedliche Facetten imperialistischer Herrschaft aufzuzeigen und anzugreifen.
Marnette ist seit über 10 Jahren Vorstandsvorsitzender der Norddeutschen Affinerie in Hamburg (NA). Zusätzlich bekleidet er unter anderem die Position des Vorsitzenden des Industrieverbandes Hamburg (IVH) und ist stellvertretender Präses der Hamburger Handelskammer (HHK). Kürzlich krönte er seine Postensammlung noch mit einem Sitz im Bundespräsidium des CDU-Wirtschaftsrates.

Wir wollen unsere Aktion nun ein wenig erläutern:
Zunächst zur NA: Sie ist der größte europäische Kupferproduzent und einer der führenden weltweit. Kupfer ist zumindest mittelfristig elementarer Rohstoff für die Schlüsselmärkte Elektronik, Telekommunikation und Energieversorgung. Ohne Kupfer keine Stromleitungen, keine Handys, keine Computer, keine Autos... Bei der Gewinnung von Kupfer aus Kupfererz fallen in der Affinerie neben Giftmüll ganz hübsche Nebenprodukte ab wie Edelmetalle in Form von Gold und Silber, und selbst mit den Abfallprodukten macht die NA noch Geld und verkauft sie als Baumaterial. Das Kupfererz wurde und wird in Ländern des Trikonts gefördert. Die traditionell guten Verbindungen der NA in die ehemaligen deutschen Kolonien und Quasikolonien sind ihr dabei bis heute dienlich. Schon 1907 bezog die NA große Mengen Kupfererz aus Namibia ("Deutsch-Südwest-Afrika"). Zuvor hatte der Völkermord deutscher Soldaten und Kolonisten an den Herero und Nama für Friedhofsruhe gesorgt und die Überlebenden in Zwangsarbeit in die Minen und zum Eisenbahnbau (für den Abtransport des Erzes) gepresst. Bis heute sind die Minen in Chile und Papua Neuguinea Hauptbezugsquellen der NA und die Ausbeutungsbedingungen dort postkolonialistisch organisiert.
In Chile, wo ein drittel der weltweiten Kupferreserven vermutet werden, ist die NA in Zusammenarbeit mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW – eine Bank des Bundesministeriums) an der Erschließung und Ausbeutung der Minen "La Escondida" (1 Mio Tonnen pro Jahr) und "Collahuasi" beteiligt. In "La Escondida" wurden erst kürzlich 5000 streikende ZeitvertragsarbeiterInnen gefeuert, weil sie sich mit entlassenen Gewerkschaftern solidarisierten. In Argentinien sind NA und KfW gemeinsam an der Erschließung der Mine "Alumbreras" beteiligt. Wie in Chile wird hier in 7 Tagesschichten mit mindestens 12 Stunden Arbeitszeit geschuftet, um die 1,2 Mrd. US Dollar Investitionen zu amortisieren. Gigantische Umweltzerstörungen durch die im Sickerwasser weggespülten Giftmüllrückstände führen dort immer wieder zu Protesten der Bevölkerung, die mit Gewalt durch örtliche Behörden unterdrückt werden.
So auch in Papua Neuguinea, einer ehemaligen deutschen Kolonie. Die "Ok Tedi Mine" fördert 10% des NA-Bedarfs an Kupfererz. Hier wird der Giftmüll (Schwermetalle und Schwefelsäure) einfach in den Ok Tedi Fluss eingeleitet, wodurch der Urwald inzwischen abgestorben und das Trinkwasser der dort lebenden Menschen seit Jahren verseucht ist. In den letzten 20 Jahren konnten alleine durch die Produktion dieser Mine 40 Mio. US-Dollar als Dividende an die AktionärInnen der NA ausgeschüttet werden. Als Reaktion auf die anhaltenden Proteste gegen die Verseuchung des Ok Tedi Gebietes waren der NA aber nur ein paar Tausend Dollar für ein Gesundheitsprojekt als Entschädigung zu entlocken, während die Einleitung des Giftmülls unvermindert anhält. Was hier an Zynismus kaum zu überbieten scheint – erst die AnwohnerInnen zu vergiften und ihnen dann ein paar ÄrztInnen zu finanzieren – heftet sich Werner Marnette auch noch als humanitäres und ökologisches Engagement an seine Brust.
Das gleiche spielt sich auch in Indonesien und dem besetzten West-Papua ab, wo die NA 14% ihres Kupferbedarfs in den Minen "Batu Hijau" und "Grassberg" fördern lässt. Der Giftmüll von Batu Hijau wird im Meer verklappt und hat die Lebensgrundlage der örtlichen FischerInnen vernichtet. Hier ist neben der KfW auch die Weltbank bei der Finanzierung mit im Boot. Proteste werden mit Gewalt unterdrückt, so kam es in "Batu Hijau" 1999 zu Schüssen auf DemonstrantInnen. 2001 wurde im Umfeld der "Grassberg Mine" der Präsident des Papuarates von Sondereinheiten der indonesischen Besatzungstruppen umgebracht.
Werner Marnette verweist in diesem Zusammenhang gerne darauf, dass seine NA damit ja nichts zu tun habe. Aber die durch militärische Repression und deutsche Finanzhilfe hergestellten "paradiesischen" Produktionsbedingungen werden natürlich gerne in Anspruch genommen. Dort, wo die NA selbst das Sagen hat, sind Repression gegen Proteste der ArbeiterInnen und Umweltverschmutzung die immer wiederkehrenden Erscheinungsformen profitorientierter Produktion.
In Südafrika gehörte der NA die Transvaal Alloy Ltd. und profitierte gerne vom Apartheidssystem. 1983 wurden dort 100te streikender ArbeiterInnen einfach entlassen.
Am Produktionsstandort Hamburg ist Umweltverschmutzung ein Dauerbrenner: Arsen im Schornsteinqualm, Dioxinbelastung im Boden, Schwermetalle und Schwefelsäure im Elbwasser...

Der IVH und die Handelskammer

Seit 2001 ist Werner Marnette Vorsitzender des Industrieverbandes Hamburg, einer Filiale des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI). Der IVH versteht sich als Schnittstelle zwischen Industrie, Politik und Verwaltung. In dieser Funktion erläutert Marnette gerne seine Zukunftsvisionen einer Metropole im globalen Standortkampf und trommelt für eine Wirtschaftspolitik, die ausschließlich der Maximierung der Profitrate verpflichtet ist. Um industrielle Großprojekte wie die Realisierung der Airbuslandebahnverlängerung schneller durchzupeitschen, fordert er die Abschaffung von Einspruchsmöglichkeiten der betroffenen AnwohnerInnen, für die "Sicherung des Standorts" die allgemeine Abschaffung des Kündigungsschutzes. Marnettes gesellschaftliches Engagement ist natürlich keineswegs nur selbstloser Einsatz für seine Klassenkumpanen, sondern soll auch seiner NA unmittelbar zugute kommen. Das hat in Hamburg Tradition. Die Zerstörung eines ganzen Stadtteils (Altenwerder) zur Errichtung des Schüttguthafens "Hansaport" war unmittelbares Interesse der NA, genauso wie die heute von Marnette geforderten Infrastrukturprojekte "Hafenquerspange" und der Ausbau der Ostseeautobahn A20

mit einer westlichen Elbquerung die Standortbedingungen für seinen Laden verbessern sollen. In gleicher Weise nutzt er sein Amt als stellvertretender Präses der Hamburger Handelskammer, die fast durchgängig die Wirtschaftspolitik des Hamburger Senats vordenkt und vorformuliert. Exemplarisch steht dafür das Konzept "wachsende Stadt", das die Handelskammer entwickelt hat und nun praktisch unverändert zur politischen Leitlinie des CDU-Senats erklärt wurde. Das Konzept beinhaltet dir Umverteilung sämtlicher Ressourcen auf die Ansiedlung industrieller Zukunftstechnologien und den Ausbau Hamburgs als Handelsdrehscheibe zu den Wachstumsmärkten in Osteuropa und China/Ostasien.

"Wer hat an der Uhr gedreht, ist es wirklich schon so spät?"
Sich jetzt auf den Weg machen zum Gipfel 2007 in Heiligendamm/Rostock:

Trotz der großen Beteiligung an den Protesten gegen die G8 in Gleneageles wurde der linksradikale Widerstand, anders als bei früheren Gipfeln, in Medien und Öffentlichkeit nur wenig aufgegriffen. Breiten Raum nahm dagegen das musikalische Massenspektakel der "Live 8"-Konzerte ein, deren Organisatoren sich von den militanten Aktionen um den Gipfel distanzierten und versuchten, die Antiglobalisierungsbewegung zu spalten. Mit ihrer Ausrichtung auf einen Schuldenerlass für Afrika stellten sie das kulturelle Begleitprogramm zum G8-Treffen, eine unkritische Propagandashow. Das Thema Schuldenerlass war schon im Vorfeld des G8 mit dem Vorschlag der Streichung von 33 Milliarden Euro von Grossbritannien auf die Tagesordnung gesetzt worden und hat eine lange Geschichte. Bereits in den 80er Jahren des letzten Jahrtausends wurde diese Idee von Figuren wie dem damaligen Vorstandsprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, propagiert. Schon der wusste, dass diese Geste der Gnade sich ökonomisch besser rentiert als ein Beharren auf Rückzahlung, weil sie die Möglichkeit neuer Investitionen in den ausgeplünderten Schuldnerstaaten verbessert.

Unmittelbar nach Beginn des Gipfels wurde die öffentliche Wahrnehmung von den faschistoiden Bombenanschlägen in London dominiert. Innerhalb der Antiglobalisierungsbewegung lösten sie großes Entsetzen aus und führten zu einer Lähmung der Proteste. In der Berichterstattung zu Gleneageles war spätestens ab dem 7.Juli der Anti-G8-Widerstand praktisch bedeutungslos geworden. Dadurch hat sich das strategische Dilemma einer engen Orientierung politischer Aktionen auf die Termine der G8 Treffen noch einmal sehr deutlich gezeigt. Einen möglichen Ausweg sehen wir in der Option einer kontinuierlichen und langfristig angelegten Politik, die sich durch inhaltliche Ausrichtung und die konkreten Aktionen weder reformistisch vereinnahmen noch durch die situative Dominanz anderer Ereignisse einfach totschweigen lässt.

Mit unserer Aktion gegen NA Vorstandschef Werner Marnette verbinden wir den Vorschlag für eine breite, auch militante Kampagne zum G8 Gipfel 2007 in Heiligendamm bei Rostock, die jetzt direkt nach Gleneageles an die Proteste anknüpft. Gleich vorweg: Uns ist bewusst, dass "Kampagnenpolitik" bei vielen GenossInnen – zu Recht- auf Skepsis stößt, und dass militante linksradikale Zusammenhänge in der BRD rar gesät sind. Auch die problematischen Aspekte einer nur aufs Gipfelhopping beschränkten Politik sehen wir deutlich. Trotzdem halten wir eine langfristige Orientierung auf Heiligendamm, die militant begleitet wird, für wichtig und notwendig. Der G8 Gipfel in Heiligendamm wird spätestens im Frühjahr 2007 ein zentrales Thema für Linksradikale in der BRD und wahrscheinlich auch in Europa werden. Erstes Interesse in der Szene ist in den letzten Wochen bereits erkennbar. Es scheint uns sinnvoll, nicht erst Anfang 2007 in einer Art Feuerwehrpolitik in die Mobilisierung der Antiglobalisierungsbewegung einzusteigen, sondern die nächsten zwei Jahre zu nutzen, an konkreten praktischen Initiativen darüber zu diskutieren, wo und wie wir Strukturen kapitalistischer Ausbeutung und imperialistischer Unterdrückung angreifen können und müssen. Am Beispiel der Norddeutschen Affinerie lassen sich einige Eckpunkte für eine mögliche Stossrichtung dieser Kampagne zeigen.

1.Für eine internationalistische Solidarität mit Kämpfen im Trikont gegen kapitalistische Ausbeutung und imperialistische Unterdrückung und für eine Verbindung zu emanzipativen sozialen Kämpfen in der BRD und Europa.

Die Produktionsbedingungen und Umweltzerstörungen in den Kupferminen in Südostasien und Lateinamerika führten und führen immer wieder zu Protesten, Arbeitskämpfen und Widerstand der ArbeiterInnen und der betroffenen Bevölkerung, die mit Repression und blutiger Gewalt beantwortet werden. Grundlage dieser Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrukturen im Konkreten wie im Allgemeinen ist der globale kapitalistische Verwertungsprozeß in seiner aktuellen globalen Dynamik, der von seiner kolonialen Geschichte bis zurück zur Conquista nicht zu trennen ist. Kontinuierliche politische Arbeit zu diesen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen bleiben meist reformistischen Menschenrechtsgruppen und NGO`s überlassen. Das war nicht immer so. Es gab z.B. früher militante Unterstützung der Antiapartheidbewegung in Südafrika (Antishellkampagne u.ä.) oder der südkoreanischen TextilarbeiterInnen (Rote Zora/Amazonen). Internationalismus, der auch militant begleitet wurde, war selbstverständlicher Bestandteil linksradikaler Politik in der BRD. Die Reflektion und Kritik einer oft identitären Orientierung an trikontinentalen Befreiungsbewegungen und die Auseinandersetzungen um die nationalistischen Sackgassen, in die viele dieser Bewegungen gegangen sind, haben zwar auch unsere eigenen Schwächen im Verständnis internationalistischer Solidarität offenbart. Die weitgehende Abkehr von internationalistischer Politik war aber ein Fehler, denn die Formen und Auswirkungen imperialistischer Unterdrückung haben sich in ihrem Charakter nicht grundlegend verändert. Hier gilt es, neue Anknüpfungspunkte zu suchen, Kontakte aufzubauen und gemeinsam Initiativen für eine emanzipative und revolutionäre Perspektive zu entwickeln. Das ist ein langer Prozess, der nur dann Entwicklungsmöglichkeiten hat, wenn es gelingt, Kontinuität und Verbindlichkeit auf einer Basis gleichberechtigten Austausches herzustellen. Die Orte der Gipfeltreffen werden langfristig den (finanziell und strukturell) privilegierten AktivistInnen vorbehalten bleiben und bieten nur punktuelle Möglichkeiten politischer Intervention.

2. Die globalen Strukturen kapitalistischer Ausbeutung und imperialistischer Unterdrückung hier angreifen.

Die Finanzierung und Erschließung der südamerikanischen und indonesischen Kupferminen durch Bankenkonsortien unter Beteiligung der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau zeigt das unmittelbare politische Interesse der Bundesregierung, den Zugang der nationalen Wirtschaft zu Schlüsselressourcen zu ermöglichen. Das Beispiel Indonesien macht deutlich, wie diese Projekte in Strukturen von IWF und Weltbank eingebunden sind. Ein Teil dessen, was im Etat der Bundesregierung als Entwicklungshilfe ausgewiesen ist, fließt so als indirekte Subventionen an Firmen wie der NA zurück, die mit langfristigen Lieferverträgen den Zugang zu den Rohstoffen absichert. Gewinnsteigerungen durch konjunkturelle Weltmarktentwicklungen wie die Nachfragesteigerungen z.B. in China kommen aber nicht den örtlichen ProduzentInnen in den Minen zugute, sondern fließen in die reichen Industrieländer, während ein Preisverfall auf dem

Weltmarkt direkt von den MinenarbeiterInnen bezahlt werden muss. Über allem schwebt die Drohung, den Zugang zu den Ressourcen mit militärischer Gewalt zu erzwingen und abzusichern, wie es in den aktualisierten "Verteidigungspolitischen Richtlinien" der BRD explizit formuliert wird. Um das notwendige militärische Potenzial für diese Politik zur Verfügung zu stellen werden die deutsche und die europäischen Militärstrukturen weiterentwickelt und Rüstungsprojekte mit 100ten Milliarden Euro finanziert.
Der Blick auf die Weltkarte und die Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika zeigt, dass der Kampf um den Zugang zu den Ressourcen von den Industrieländern seit Jahrhunderten und heute mit Krieg geführt wird. In diesen Kontext gehört auch die quasimilitärische Bekämpfung der durch Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung verursachten globalen Migration (Irak, Afghanistan, Kongo). Polizeiliches Grenzregime, staatliche und private "Hilfsorganisationen" wie Rotes Kreuz und IOM und Militär arbeiten hier Hand in Hand, um die vom Elend getriebenen Menschen in Lagern und Knästen einzusperren, abzuschieben oder in Bürgerkriegen aufeinander zu hetzen.

3. Die Verbindung zwischen den unterschiedlichen Aktionsfeldern sozialen Widerstandes herstellen.

Werner Marnette ist in seiner Funktion als IVH und HHK Vorstand ein Freund offener Worte und Repräsentant von Organisationen, die wesentlich beteiligt sind an der Privatisierung gesellschaftlichen Eigentums, der Verschärfung sozialer Repression und der bedingungslosen Unterordnung sozialer Fragen unter die Wettbewerbslogik. Globalisierung bedeutet nicht nur die permanente Ausdehnung kapitalistischer Verwertungslogik in die letzten Winkel der Erde und die militärische Absicherung des Zugangs zu den Ressourcen. Ein weiterer Teil dieses Prozesses ist auch die unbegrenzte Kommerzialisierung des Sozialen und die Durchsetzung dieses Prinzips im Inneren. Gesundheit und Bildung sind zur frei gehandelten Ware geworden, Alter und Krankheit zum persönlichen Problem, für das sich jede/r eine individuelle Lösung kaufen muss. In Hamburg heißt diese Politik, die von HHK und IVH vorangetrieben wird, aktuell: Verkauf städtischer Krankenhäuser und Massenentlassungen, Einführung von Kita- und Studiengebühren, Schließung der Schwimmbäder, Zerschlagung der Drogenhilfe usw. Sozialer Widerstand wird mit Repression beantwortet: Bauwagenplatzräumungen mit 1500 Bullen, §129 Kriminalisierung gegen AktivistInnen des Wasserturmprotestes, Prügeleinsätze gegen SchülerInnen und StudentInnen. Die hier von uns nur kurz dargestellten Zusammenhänge und Strukturen des als Globalisierung beschriebenen aktuellen kapitalistischen Vergesellschaftungsmodells bieten aus unserer Sicht eine Vielfältigkeit von Ansatzpunkten für linksradikale Interventionen. Wir sehen solche Interventionen als Teil der weltweiten Klassenauseinandersetzungen. Die Antiglobalisierungsbewegung hat aber nur dann eine Chance, emanzipatives Potenzial zu entwickeln, wenn sich die politische Arbeit verstetigt und verdichtet, und wenn sie in ihrer Wahrnehmung nicht mehr auf die reformistische Dominanz von NGO`s und attac beschränkt bleibt. Auch müsste der Fokus der Aktionen und Mobilisierungen, der bisher auf die Orte und Termine der Gipfeltreffen selbst gerichtet ist, erweitert werden und die politische Mobilisierung losgelöste Konstanz bekommen. Eine "andere Welt" ist tatsächlich erst dann möglich, wenn wir bereit sind, mit diesem System zu brechen und wenn wir es schaffen, Verbindungen zwischen den unterschiedlichen Orten und Ansätzen sozialen Widerstandes herzustellen, wenn wir unsere Kämpfe hier gegen Arbeitszwang und Studiengebühren, gegen Abschiebung und Polizeirepression, gegen sexistische Gewalt und Ausbeutung in einen globalen Zusammenhang stellen.

In der Antiglobalisierungsbewegung sehen wir den Versuch, in diese Richtung Neues auszuprobieren. Sie hat eine hohe Ausstrahlungskraft auf viele Menschen, die sich in den aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen politisieren und nach Möglichkeiten für eigenen Widerstand suchen. In der BRD sind die Netzwerke der Bewegung allerdings dominiert von reformistischen Gruppen und Forderungen. Eine langfristige linksradikale Mobilisierung im Vorfeld des G8 in Heiligendamm und darüber hinaus bietet die Möglichkeit, wieder mehr Profil zu gewinnen und von uns aus Orientierungspunkte für inhaltliche Auseinandersetzungen und Aktionsfelder zu setzen.

Die Regierung der BRD betreibt eine Politik des Neoimperialismus. Aufrüstung, militärische Kriegseinsätze, UNO Sicherheitsratsmandat, usw. Die soziale Repression nach innen verschärft sich permanent: Hartz IV, Polizei- und Passgesetze, Kriminalisierung von Widerstand. Das birgt aber auch die Chance, dass sich mehr Menschen radikalisieren und Ansatzmöglichkeiten, die von Linksradikalen geboten werden, aufnehmen und sich aneignen.

Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche:

Alle Verhältnisse umwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist!
Delete imperialism now – by any means!
Hoffentlich auf bald!
Freiheit für Marco und Carsten aus Magdeburg!
Freiheit für Christian aus Berlin!
Freiheit für Bart, Jose Fernandez, Gabriel und Begonia, die in Aachen vor Gericht stehen!
Solidarität mit den Betroffenen vom §129-Verfahren in Hamburg!

August 2005«

Dokumentation

»Angriff auf die HAB

Wir haben in der Nacht vom 10. auf den 11.August die Verwaltungszentrale der Hamburger Arbeit- und Beschäftigungsgesellschaft (HAB) in den Bahngärten 11 in Hamburg Marienthal mit Parolen besprüht und mit Farbflaschen beworfen.
Bis Ende des Monats will die Hamburger Arbeitsgemeinschaft (ARGE) alle bisher vorgesehenen 11500 Ein-Euro-Jobs an den Mann und an die Frau gebracht haben. Größter Träger mit über 2000 Stellen ist die HAB, die mit ihrem "Angebot" an unsinnigen, erniedrigenden und entwürdigenden Ein-Euro-Zwangsmaßnahmen bundesweit in die Schlagzeilen geraten ist.
In der Betriebsstätte in Eidelstedt mauern Ein-Euro-Jobber Wände, die danach von den "Anleitungskräften" kommentarlos umgetreten werden. Andere schneiden PVC- und Teppichbödenreste in kleine Stücke – für die Mülltonne. Selbst gelernte Maler streichen als Arbeitslosengeld II-Empfänger täglich ab 8 Uhr Wände weiß, dann blau und dann wieder weiß. Festangestellte kippen Schmierdreck in immer die gleichen Flure und lassen ihn von HAB Pflichtdienstlern für 1 Euro aufwischen – zwischen 6 und 12 Monate lang, Tag ein, Tag aus.
Wer die Schnauze voll hat, kriegt nach vorheriger Kürzung das Arbeitslosengeld II gestrichen. Aus der Statistik war er schon mit der Annahme des Jobs gefallen.

SCHLUSS MIT DEM EIN-EURO-UNSINN!
EIN-EURO-AUSBEUTER ANGREIFEN!
Mit solidarischen Grüßen an die Genossinnen und Genossen des Prekär-Camps im Wendland!

Gruppe "bunt-gegen-hartzIV-schikane«



Soziales Zentrum Norderstedt bricht Verhandlungen ab

Nachdem nun klar geworden ist, dass es keine Vertragsverlängerung geben wird, haben die NutzerInnen des Sozialen Zentrums in Norderstedt die Verhandlungen um eine Lösung der Standortfrage abgebrochen.Der Unmut über die Politik der Dezernenten ist groß. Seit Mitte 2004 wurde der Verein von der Verantwortlichen der Stadt hingehalten. Die vielen Gespäche mit den Parteien und der Verwaltung waren im Endeffekt nichts als heiße Luft.
Die Stadt will das Soziale Zentum wirklich schon zum 1.September dem Erdboden gleich machen. Obwohl dem Verein immer wieder eine zumindest kurze Verlängerung in Aussicht gestellt wurde, solange er sich kooperativ zeigen würde.

Aber alle diese Versprechen wurden einfach vom Tisch gefegt. Da die Stadt und Bürgermeister Grote nicht gewillt sind, auf Kompromisse einzugehen, sehen die NutzerInnen des SZ keine ehrlich gemeinten Perspektiven mehr, die Verhandlungen fortzuführen.

Letztes Jahr hieß es noch, der Vertrag verlängere sich automatisch, und Verhandlungen wären nicht nötig. Anfang 2005 wurde dem SZ dann eröffnet, dass es wegen des Umbaus "Knoten Ochsenzoll" -ein fadenscheiniger Grund-geschlossen werden sollte.

Bis zuletzt wurde von Herrn Freter (SPD) signalisiert, dass eine Vertragsverlängerung möglich sei, wenn der Verein in die viel zu kleinen Räumlichkeiten, die die Stadt angeboten hat, einzieht.

Nachdem dies, mit der Pistole auf der Brust,erpresst wurde, tat die Stadt ihren offenbar länger eingeplanten nächsten Schritt: zehn Tage vor Vertragsende tat sie kund, dass es plötzlich doch möglich sei, sofort in die unsanierten Räume der Stormarnstraße einzuziehen. Das SZ wurde aufgefordert, die Räume in der Ulzburger Straße bis Ende des Monats zu räumen.

Offenbar handelte es sich bei den Gesprächen mit der Stadt um eine gezielte Hinhaltetaktik, Versprechungen und Abmachungen haben sich als reine Farce herausgestellt. Die AktivistInnen im Sozialen Zentrum sind der Taktiererei und der Lügen überdrüssig und haben sich daher nun entschieden, die Verhandlungen abzubrechen. "Reine Verarschung!", so bezeichnet ein Nutzer den Verlauf der bisherigen Verhandlungen.

Der Verein fordert weiterhin eine Vertragsverlängerung bis ein adäquates Ersatzobjekt gefunden ist, Finanzierungsfragen geklärt und Gelder beantragt sind. Dies ist offensichtlich bis zum September nicht zu schaffen, auch wenn die SZ NutzerInnen mit Hochdruck daran arbeiten.
Außerdem lehnt das SZ die von der Stadt teuer zu mietenden 3 Räume in der Stormarnstraße ab. In diesen ist ein Weiterbetrieb mangels Platz niemals möglich.

Es bleibt nichts anderes übrig, als den Betrieb in den bisherigen Gebäuden fortzuführen, und weiter auf eigene Faust nach Alternativen zu suchen.

Um sich gegen die drohende Räumung zu stellen, beginnt am Freitag, den 26. August eine Aktionswoche.
Vorläufiger Höhepunkt der bevorstehenden harten Auseinandersetzungen mit der Stadt wird eine weitere Demonstration für den Erhalt des SZ am 2.9. um 18 Uhr am Schmuggelstieg sein.

Freiräume verteidigen

Für Soziale Zentren in Norderstedt und überall

Demo für den Erhalt des SZ Norderstedt

Am 6.8.05 demonstrierten knapp 200 Menschen in Norderstedt für den Erhalt des Sozialen Zentrums. Im September läuft der Nutzungsvertrag aus. Die Frage, was dann passiert ist immer noch nicht geklärt.
Um 12 Uhr versammelten sich die DemoteilnehmerInnen am U Bahnhof Garstedt, direkt vor einem großen Einkaufscenter. Nach Zwischenkundgebungen vor einem möglichen Altertnativgebäude, um daß sich das Soziale Zentrum zur Zeit bemüht und dem ehemaligen Jugend Kulturcafe, daß vor 1,5 Jahren geschlossen wurde und seit dem leer steht, zog die Demo samt Lautsprecherwagen zum Norderstedter Rathaus. Dort sollte eigentlich ein Open Air Konzert mit zwei Bands aus Düsseldorf statt finden, die jedoch im Stau standen. Das Konzert wurde dann spontan ins Soziale Zentrum verlegt und die Demonstration an diesem Punkt beendet.
Die Stimmung war die ganze Zeit sehr entspannt, von Seiten der Demonstrierenden, wie auch von Seiten der Polizei, obwohl sie mit etwa acht Einsatzfahrzeugen, das größte Aufgebot in diesem Jahr aufgefahren hatten.
Alles in allem war es ein wenig schade daß so viel weniger Leute gekommen waren als zur letzten Demo im April, trotzdem konnten die Standpunkte des Sozialen Zentrums deutlich gemacht werden. Vielen Dank an die Anwesenden!

Es bleibt spannend, noch ist nichts entschieden!



PUNK IS DEAD

Rote Flora Programm

Regelmäßige Flora Termine:

Montag: ab 17 Uhr offene Motorradwerkstatt-schrauben und klönen | 18 30 – 21 Uhr Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt | ab 19 Uhr vegane Kochsession | 17-20 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen
Dienstag: 18-23 Uhr Dubcafe
Mittwoch: 19 Uhr Artcafe
Donnerstag: 19 Uhr ab 19 Uhr veganes Kochkollektiv | 17-20 Uhr Archiv der sozialen Bewegungen

Sa. 03.09. Schanzenviertelfest
Flohmarkt, Infostände, Livemusik und Soundsysteme in der Susannenstraße, Schulterblatt und Bartelsstraße ab 12 Uhr
After-Show-Party
ab ca. 22 Uhr Party in der Flora
mit autonomer Hopsmusik und Reggea

Fr. 09.09. Hardcore Konzert
mit mehreren Bands Einlass ab 21 Uhr

Sa. 10.09. Shanty town Regaeparty

So. 18.09. Wahltag: Alles abwählen!
Mehrere Hamburger Gruppen, treten an einen Konzertabend am Tag der Bundestagswahl zu bestreiten. U.a Hamburgedelic, Künnecke und Smukal , Sport, Boy Division, Kommode Heinz , School of Zuversicht Lederhosenlucil (lederhosenlucil.com) , DJ Rogerio Branco, DJ Support your Local Squat
Motto der fulminanten Session: "Alles abwählen". Weitere teilnehmende Gruppen werden erwartet; ein Wahlshowprogramm wird erwogen. Entgegen zuvor gehörter Gerüchte werden Wahlzettel nicht zur Eintrittskarte zugelassen - sehr wohl aber neue Fördermitgliedschaften für das Freie Senderkombinat - FSK. Eventuelle Überschüße des Abends werden diversen Prozeßkosten-Konten zugeführt.
Los geht's ab 16h mit Drumbule; ab 19 Uhr dann Konzert

Fr. 23.09. satanic verses concerts presents
KYLESA (düsterer hc, ex-DAMAD)
INSUICIETY (noch düsterer hc, K÷PI/BERLIN)
PERTH EXPRESS (auch düster, leipzig)
einlass ab 21uhr, beginn ab 22uhr

Sa. 24.09. Konzert
SCRAPS OF TAPE (swe), ONCE WE WERE (swe) + DATURAH (ffm)
Alle die Isis, Radiohead, Mono oder Goodspeed You Black Emperor mögen sollten diese 3 Bands nicht verpassen.

Mi. 28.09. satanic verses concerts presents
CATHETER (grindcore like phobia, USA)
WOJCZECH (schizotrash from hell aka rostock)
einlass ab 21uhr, beginn ab 22uhr

Do. 29.09. Hardcore Konzert
mit Makiladoras und Armageddon

Fr. 30.09. Chiapas-Soliparty
Seit mehr als 10 Jahren bauen viele Menschen in chiapas einer der ärmsten Regionen Mexikos eine Autonomie auf,in der Hoffnung eines Tages in einer Welt ohne Krankheitund Hunger leben zu können. Vergessen von der mexikanischen Regierung nahmen Sie ihr Leben selbst in die Hand und begründeten den Zapatismus. Seitdem wurden viele Schulen und kleine Krankenstationen gebaut, aber es fehlt immer noch an allen Ecken und Enden. Das Geld dieser Soliparty soll in den Bau solarer Trinkwasseraufbereitung gehen. Die aufgrund der einfachen Bauart von Jeder und Jedem nachgebaut werden kann. Beginn: 23.00 Uhr - Only the finest reggea tunes fom The early years until today